



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
Analyses des votations fédérales  
Analisi delle votazioni federali

# Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

Marina Delgrande, Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
<b>Sprachenartikel in der Bundesverfassung</b>	<b>1 046 685</b> 76.1 %	<b>329 057</b> 23.9 %
<b>Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat</b>	<b>1 245 363</b> 91.7 %	<b>113 881</b> 8.3 %
<b>Persönliche militärische Ausrüstung</b>	<b>602 441</b> 43.9 %	<b>772 415</b> 56.1 %
<b>Branntwein und Brennapparate</b>	<b>1 086 041</b> 80.8 %	<b>258 550</b> 19.2 %
<b>Parkplätze bei Bahnhöfen</b>	<b>737 243</b> 54.0 %	<b>689 924</b> 46.0 %
Stimmberechtigte	4 599 427	
Stimmbeteiligung	29.9 %	



Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft  
für praktische Sozialforschung  
Büro Bern, Hirschengraben 5, 3011 Bern  
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19

**Universität  
Bern**

---

Institut für Politikwissenschaft  
Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Bern 9  
Telefon 031 631 83 31, Telefax 031 631 85 90

---

## Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen und Wahlen auf eidgenössischer Ebene aufgrund wissenschaftlich durchgeführter, repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut verantwortlich. Die Federführung für den Inhalt der vorliegenden Analyse liegt beim Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

## GfS-Forschungsinstitut

*Projektleitung:* Claude Longchamp  
*Sekretariat:* Claudia Dolfi, Daniel Schrag

*EDV/Datenbank:* Peter Kraut  
*Feldchef:* Georges Ulrich

## Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern

(früher: Forschungszentrum für schweizerische Politik)

*Verantwortlich:* Wolf Linder

*Autorin:* Marina Delgrande

## Satz und Druck

Satzart AG, Bern  
Druckerei Heinz Arm, Bern

## Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.- (Ausland: Fr. 85.-) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 25.- (Ausland: Fr. 30.-) beim Sekretariat des GfS-Forschungsinstituts bezogen werden (Adresse: Postfach 6323, 3001 Bern; Tel.: 031 311 08 06, Fax: 031 311 08 19).

## Zitierweise und Copyright

Vorliegende Nummer: Delgrande, Marina / Linder, Wolf: Analyse der eidg. Abstimmungen vom 10. März 1996, VOX Nr. 58, GfS und IPW, Zürich / Bern 1996. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hgg. vom GfS-Forschungsinstitut, in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, Zürich 1977ff.

20. Jahrgang, © by GfS und IPW  
Auflage: 1250 Exemplare

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>2. Die Meinungsbildung</b> .....	<b>6</b>
2.1 Die Informationsquellen .....	6
2.2 Der Zeitpunkt der Stimmenscheidung .....	6
<b>3. Die Beschlüsse von 1994 zur Sanierung der Bundesfinanzen</b> .....	<b>7</b>
3.1 Die Ausgangslage .....	7
3.2 Die Kenntnis des Inhalts .....	8
3.3 Das Abstimmungsprofil .....	10
3.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe .....	17
3.5 Die Unterstützung der Pro- und Contra-Argumente .....	20
<b>4. Der Bundesbeschluss über die Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung</b> .....	<b>23</b>
4.1 Die Ausgangslage .....	23
4.2 Die Kenntnis des Inhalts .....	24
4.3 Das Abstimmungsprofil .....	25
4.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe .....	26
4.5 Die Unterstützung der Pro- und Contra-Argumente .....	28
<b>5. Der Bundesbeschluss über den Wechsel der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura</b> .....	<b>28</b>
5.1 Die Ausgangslage .....	28
5.2 Die Kenntnis des Inhalts .....	30
5.3 Das Abstimmungsprofil .....	30
5.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe .....	32
<b>6. Die Stimmbeteiligung</b> .....	<b>33</b>
6.1 Das Profil der Stimmbeteiligung .....	34
6.2 Die Stabilität der Stimmabgabe .....	35
6.3 Die Arten der Stimmbeteiligung .....	37
6.4 Die Bedeutung der Vorlagen .....	38
6.5 Der Urnengang vom 10. März 1996 – eine überflüssige Abstimmung? .....	39
<b>7. Methodischer Steckbrief</b> .....	<b>40</b>
<b>Hauptergebnisse der Abstimmung vom 10. März 1996</b> .....	<b>42</b>

Tabelle 1.1: Die tatsächlichen Abstimmungsergebnisse für die gesamte Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden

Kanton	Ergebnisse der Abstimmungen vom 10. März 1996					
	Stimm- beteiligung in %	Sprachen- artikel % Ja	Vellerat % Ja	Militär- ausrüstung % Ja	Branntwein % Ja	Park- plätze % Ja
CH .....	29.9	76.1	91.7	43.9	80.8	54.0
ZH .....	31.8	79.6	93.5	57.4	87.3	60.0
BE .....	30.2	73.7	88.5	47.2	82.7	59.6
LU .....	33.5	71.6	92.8	40.2	77.9	57.0
UR .....	43.4	65.0	88.8	21.0	69.5	48.5
SZ .....	26.2	66.4	88.7	23.2	64.6	47.8
OW .....	27.9	69.4	91.2	27.3	73.9	54.0
NW .....	42.2	68.8	91.5	34.5	76.7	55.7
GL .....	40.7	76.8	90.9	37.2	79.1	54.3
ZG .....	33.9	72.6	92.9	36.4	80.1	56.4
FR .....	46.2	76.7	91.8	32.3	74.3	40.4
SO .....	31.6	74.1	90.2	43.7	78.4	50.2
BS .....	38.3	81.4	94.3	63.7	86.5	62.3
BL .....	28.7	77.6	93.2	53.6	83.6	54.4
SH .....	62.5	75.9	90.5	27.1	77.8	40.3
AR .....	33.0	69.1	90.1	37.8	78.6	54.7
AI .....	25.9	71.3	90.9	37.5	75.5	58.3
SG .....	31.0	72.7	92.0	44.8	82.0	56.9
GR .....	29.5	68.3	90.6	36.2	77.2	50.2
AG .....	33.5	71.9	89.6	42.8	76.3	51.5
TG .....	33.8	70.1	91.8	34.5	76.3	48.2
TI .....	35.2	84.2	93.8	25.7	75.1	56.5
VD .....	17.7	82.7	93.0	38.8	83.6	45.2
VS .....	17.4	75.4	88.7	17.3	67.7	32.9
NE .....	23.4	82.4	91.3	40.5	79.3	45.0
GE .....	28.8	85.8	95.3	56.3	90.6	56.2
JU .....	32.1	80.6	93.0	29.5	72.6	42.8

Quelle: «Neue Zürcher Zeitung» und «Journal de Genève», 11. März 1996

# 1. Einleitung

Bemerkenswert am Urnengang vom 10. März 1996 ist nicht eigentlich das Los, das den fünf Beschlüssen beschieden war, sondern die sehr niedrige Stimmbeteiligung. Die Vorlagen haben in der Tat bloss 29.9 Prozent der Stimmbürger und -bürgerinnen mobilisiert; der Anteil bewegt sich zwischen 17.4 Prozent im Wallis und 62.5 Prozent im Kanton Schaffhausen, in welchem die Stimmbeteiligung bekanntlich gebüsst wird. Bis heute war nur bei drei Abstimmungen eine noch geringere Beteiligung zu verzeichnen; am niedrigsten war sie beim Urnengang vom 4. Juni 1972<sup>1</sup> mit 26.9 Prozent. Es ist allerdings zu bemerken, dass die Vorlagen vom 10. März 1996 nicht angetan waren, eine lebhafte Abstimmungskampagne auszulösen, vielleicht mit Ausnahme derjenigen über die Zentralisierung der Beschaffung der persönlichen Militärausrüstung. Der Sprachenartikel, der eigentlich das treibende Element dieser Abstimmung hätte bilden sollen, wurde dieser Aufgabe nicht gerecht. Aus einigen nach der Veröffentlichung der Ergebnisse geäusserten Bemerkungen waren Zweifel an der Notwendigkeit herauszuhören, gewisse dieser Gegenstände dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Im weiteren zeigt unsere Befragung, dass 42 Prozent der befragten Personen die Meinung teilen, wonach es unnötig gewesen sei, für Gegenstände von derart untergeordneter Bedeutung die ganze schweizerische Stimmbevölkerung aufzubieten.

Die fünf Vorlagen bildeten einen zweifachen Test der Unterstützung. Einerseits ging es um die Unterstützung von Minderheiten, dies mit dem neuen Sprachenartikel in der Bundesverfassung und dem Bundesbeschluss über den Kantonswechsel der bernischen Gemeinde Vellerat zum Jura. Beide Vorlagen sind von Volk und Ständen angenommen worden. Zweitens handelte es sich um einen Test der Unterstützung des Bundesrats bei seinen Bemühungen um die Sanierung der Bundesfinanzen. Sehr deutlich war das Ja für den Beschluss über die Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein; knapper fiel es beim Beschluss über die Aufhebung der Bundesbeiträge an Parkplatzanlagen bei Bahnhöfen aus. Der Beschluss über die Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen – zweifellos die umstrittenste der drei Massnahmen – ist gar abgelehnt worden. Gemäss unseren Analysen haben die meisten Stimmenden jede der drei Massnahmen übrigens getrennt von den andern bewertet, dies entsprechend dem spezifischen Gegenstand, und nicht, wie eine geringere Anzahl Personen, eine allgemeine Einstellung gegenüber dem Paket zum Ausdruck gebracht.

<sup>1</sup> Damals ging es um die dringlichen Bundesbeschlüsse über den Baumarkt und die Erhaltung der Währung.

Tabelle 2.1: Angegebener Zeitpunkt des Entscheids für die Abstimmungen vom 10. März 1996

Zeitpunkt des Entscheids	Spar- mass- nahmen %	Sprachen- artikel %	Kantons- wechsel Vellerat %	Mittel 1991-95 <sup>a</sup> %
Einige Tage vorher .....	31	26	26	19
1 bis zwei Wochen vorher .....	31	30	28	20
3 bis 6 Wochen vorher .....	14	16	16	17
Schon zu Beginn .....	18	25	27	37

n = 464  
<sup>a</sup> Durch uns berechnetes Mittel vom 3. März 1991 bis zum 25. Juni 1995.  
 Das Total liegt unter 100 Prozent, da «Weiss nicht» und «Keine Antwort» in der Tabelle nicht enthalten sind.  
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

## 2. Die Meinungsbildung

### 2.1 Die Informationsquellen

Wie üblich, war auch dieses Mal die Presse die im Verlauf der Abstimmungskampagne meistbenutzte Informationsquelle. 63 Prozent der befragten Personen haben einschlägige Zeitungsartikel gelesen, 34 Prozent die Abstimmungspresse, 33 Prozent die Leserbriefe und 24 Prozent die Anzeigen. Die Fernsehsendungen (56 Prozent), die Empfehlungen des Bundesrats (49 Prozent) sowie die Sendungen am Radio (44 Prozent) dienten ebenfalls oft der Information. Dagegen stellten für weniger als 20 Prozent der Stimmbürger und -bürgerinnen Plakate (15 Prozent), Direktzusendungen (13 Prozent), Mitteilungen am Arbeitsplatz (11 Prozent) und Standaktionen (6 Prozent) Informationsmittel dar.

### 2.2 Der Zeitpunkt der Stimmenscheidung

Die Informationskampagne für die fünf Vorlagen vom 10. März 1996 begann anfangs Februar. Vorher war von dieser Abstimmung nur sehr wenig die Rede; und nur sehr wenig war dabei umstritten. Im Vergleich zu dem für die Jahre 1991 bis 1995 festgestellten Mittel haben sich die Stimmenden dieses Mal relativ spät entschieden (Tabelle 2.1).

Der Zeitpunkt der Stimmenscheidung ist bei allen Vorlagen praktisch derselbe: 54 bis 62 Prozent der Stimmbürgerinnen und -bürger entschieden sich während der beiden vor dem Urnengang liegenden Wochen, während dies üblicherweise durchschnittlich 39 Prozent zum angegebenen Zeitpunkt tun. Im weiteren ist festzustellen, dass nur ein geringer Teil der Stimmenden seinen Entscheid bereits am Anfang getroffen hat, das heisst, ohne sich auf die Informationen abzustützen, die während der Kampagne durch die Medien oder durch Dritte geliefert wurden, dies insbesondere bei den Sanierungsmassnahmen.

### 3. Die Beschlüsse von 1994 zur Sanierung der Bundesfinanzen

#### 3.1 Die Ausgangslage

Das Massnahmenpaket zur Sanierung der Bundesfinanzen wurde vom Parlament am 24. März 1995 angenommen. Dieses Sparprogramm, das eine ganze Reihe von Abstrichen in allen Bereichen vorsieht, in denen der Bund Verpflichtungen hat, soll der Wiederherstellung des Gleichgewichts bei den seit 1991 defizitären Bundesfinanzen dienen. Für drei Massnahmen war eine Verfassungsänderung erforderlich; deshalb wurden diese in der Form dreier Bundesbeschlüsse dem Volk und den Ständen vorgelegt.

Bern rechnete damit, dank den drei Massnahmen pro Jahr 38 Millionen Franken einzusparen. Dies stellt weniger als ein Prozent des Budgetdefizits dar. Nach der Abstimmung vom 10. März 1996 muss sich der Bund jedoch mit geringeren Einsparungen begnügen, da Volk und Stände die Vorlage über Zentralisierung der Beschaffung der persönlichen Militärausrüstung verworfen haben; diese bleibt somit eine kantonale Angelegenheit. Wäre der Beschluss angenommen worden, hätten künftig alle Aufträge für Lieferungen in diesem Bereich auf der Grundlage des freien Wettbewerbs, ohne Rücksicht auf Kantonsgrenzen, an Lieferanten mit den besten Preisangeboten erteilt werden müssen, was dem Bund Einsparungen von 15 Millionen Franken pro Jahr ermöglicht hätte. Die Aussicht auf das Verschwinden von etwa 2000 Arbeitsplätzen in den Randregionen sorgte indessen bei zahlreichen Kleingewerbetreibenden im Textilbereich und Vertretern der betroffenen Kantone für Beunruhigung. Dazu kamen Überlegungen föderalistischer Art, da nach der Ansicht gewisser Personen die Beschaffung dieses Ausrüstungsmaterials im Zuständigkeitsbereich der Kantone bleiben muss. Deshalb wurde eine Zustimmung zu dem umstrittensten der drei Beschlüsse immer zweifelhafter, je näher der Urnengang her anrückte, auch wenn die FDP, die SVP, die SPS, die GPS, der Landesring der Unabhängigen und die EVP sowie der Vorort und der Schweizerische Gewerkschaftsbund für ein Ja plädierten. Die CVP und die anderen politischen Formationen sowie der Schweizerische Gewerbeverband dagegen empfahlen eine Ablehnung.

Die am wenigsten umstrittene Sanierungsmassnahme, die Aufhebung der Pflicht des Bundes zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein ist von den Stimmentenden mit überwältigender Mehrheit und von allen Kantonen angenommen worden. Dieser Beschluss, der dem Bund 3.5 Millionen Franken Einsparungen pro Jahr bringt – und bei dem gewisse Leute technische Auswirkungen auf die Obstkulturen befürchteten – war sowohl von den politischen Parteien als auch den Dachverbänden der Wirtschaft befürwortet worden.

Die Parkplätze bei Bahnhöfen schliesslich werden künftig gemäss dem Verursacherprinzip oder direkt durch die Gemeinden oder die betreffenden Regionen und nicht mehr durch den Bund finanziert; dieser kann dadurch 24 Millionen Franken pro Jahr einsparen. Der TCS, der Verband öffentlicher Verkehr und der Schweizerische Städteverband hatten sich indessen gegen die Vorlage ausgesprochen. Mit einer Streichung der Beiträge für die Errichtung von Parkplätzen bei Bahnhöfen würden ihnen zufolge zahlreiche Gemeinden bestraft, die solche Infrastrukturanlagen nicht mehr erstellen könnten oder gezwungen wären, die Parkkosten für

Tabelle 3.1: Paket «Sanierung der Bundesfinanzen» – Kenntnis<sup>a</sup> des Inhalts

Erfasste Kenntnisse	Stimmende Aussagen in %	Nichtstimmende Aussagen in %
<i>Umfassende Kenntnisse</i>	17	12
Der Bund macht Einsparungen	15	10
Betrifft die Bundesfinanzen	2	2
<i>Kenntnis der drei Massnahmen</i>	8	3
<i>Kenntnis zweier Massnahmen</i>	15	4
<i>Kenntnis einer einzigen Massnahme</i>	24	13
Militärische Ausrüstung	17	10
Branntwein und Brennapparate	3	1
Parkplätze bei den Bahnhöfen	4	2
<i>Sonstige Kenntnisse</i>	3	2
<i>Unzutreffende Kenntnisse</i>	3	1
<i>Weiss nicht</i>	28	63
<i>Antwortverweigerung</i>	1	3
Total	100% (n=464)	100% (n=555)

Lesebeispiel: Bei 24 Prozent der durch die Stimmenden angegebenen Kenntnisse wird eine einzige Sanierungsmassnahme erwähnt. Genauer: Diese Gruppe teilt sich auf Untergruppen auf wie diejenige mit dem Titel «Militärische Ausrüstung», die 17 Prozent aller Aussagen der Stimmenden ausmacht.

<sup>a</sup> Mehrere Antworten waren möglich, aber wir haben Mehrfachantworten als ein Ganzes betrachtet.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

die Benutzer erheblich zu erhöhen. Zudem würden die Städte zusätzlich mit Fahrzeugen verstopft, weshalb die Gegnerschaft diese Massnahme als «ökologischen Unsinn» taxierte. Der Vorschlag des Bundesrats stiess auch bei der Schweizerischen Partei der Arbeit auf Ablehnung. Gleicher Ansicht war übrigens auch der ACS. Mit Ausnahme der SPS, welche Stimmfreigabe beschlossen hatte, hatten sich die anderen politischen Gruppierungen, wie auch der Vorort, der SGV und der SGB dagegen zugunsten des Beschlusses ausgesprochen.

### 3.2 Die Kenntnis des Inhalts

Nur die Hälfte der befragten Personen konnte den Inhalt des Massnahmenpakets zur Sanierung der Bundesfinanzen richtig wiedergeben<sup>2</sup>. Bei den Stimmenden liegt dieser Anteil bei 68 Prozent.

<sup>2</sup> Wir baten sie um eine Darstellung des Sanierungsmassnahmenpakets, ohne ihnen den Wortlaut der drei Massnahmen zu geben.

Tabelle 3.2: Differenzierung der Stimmabgabe beim Sanierungsmassnahmen-Paket – Stimmverhalten nach sozialen und politischen Charakteristiken und nach Wertvorstellungen

Charakteristiken/Kategorien	3xJa	3xNein	2xJa, 1xNein	1xJa 2xNein	Andere <sup>a</sup>	(n)	Cramers V <sup>b</sup>
	in %	in %	in %	in %	in %		
VOX-Total .....	28	9	30	16	17	406	
<i>Sprachregion</i> .....							0.17***
Deutsche Schweiz .....	32	7	30	16	15	298	
Französische Schweiz .....	16	12	30	17	25	87	
Italienische Schweiz .....	24	29	33	5	10	(21)	
<i>Vertrauen in die Regierung</i> .....							0.17***
Vertrauen .....	32	3	35	14	16	177	
Unentschieden .....	31	10	33	14	12	49	
Misstrauen .....	21	16	24	19	19	173	
<i>Interesse für die Politik</i> .....							0.16**
Sehr interessiert .....	29	9	36	17	9	98	
Eher interessiert .....	31	5	29	16	19	219	
Eher nicht interessiert .....	20	22	25	17	17	77	
Überhaupt nicht interessiert .....	25	8	33	0	33	(12)	
<i>Weltoffenheit / Traditionswahrung</i> .....							0.17***
Für Weltoffenheit .....	37	8	29	16	10	189	
Gemischte Wertvorstellungen .....	19	4	38	18	21	119	
Für Wahrung der Traditionen .....	18	21	24	11	27	83	

<sup>a</sup> Hier handelt es sich um Personen, die ein oder mehrere Male leer eingelegt haben.  
<sup>b</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».  
 Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.  
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

Wir können im übrigen zwei Gruppen von Kenntnissen unterscheiden (Tabelle 3.1). Auf der einen Seite stehen diejenigen, welche die Gesamtheit des Massnahmenpakets nur aus dem budgetpolitischen Gesichtswinkel betrachten. Auf der andern Seite treffen wir auf spezifischere Kenntnisse, wobei auf jede einzelne der drei Massnahmen Bezug genommen wird. Detailangaben zu den Beschlüssen werden indessen nur von 8 Prozent der Stimmenden gemacht. Diejenigen, die bloss eine einzige Sparmassnahme genannt haben, beschränkten sich in erster Linie auf die umstrittenste Vorlage, diejenige über die Beschaffung der militärischen Ausrüstung, womit sie diese zum Leitobjekt des Pakets machten. Schliesslich – dies findet sich jedoch nicht in der Tabelle – waren 61 Prozent der befragten Personen in der Lage, die Empfehlung des Bundesrats wiederzugeben.

### 3.3 Das Abstimmungsprofil

#### 3.3.1 Das Massnahmenpaket zur Sanierung der Bundesfinanzen als Ganzes

Ursprünglich sollte die gleichzeitige Abstimmung über die drei Massnahmen einen Test der Unterstützung der Bundesbehörden bei den Anstrengungen zur Behebung des Budgetdefizits des Bundes darstellen. Es ging also um einen Aspekt finanzieller Art. Da die drei Beschlüsse aber ganz unterschiedliche Bereiche betrafen, erhielt jeder von ihnen sehr bald eine eigene Identität, so dass neue, spezifischere Aspekte zu dem ersten hinzukamen, die für die meisten mit dem ursprünglichen Ziel des Pakets nicht vereinbar schienen. So wurde es klar, dass zahlreiche Personen jede einzelne Massnahme nach ihren spezifischen Charakteristiken bewerteten und nicht das Paket als Ganzes ausschliesslich unter dem Blickwinkel der Finanzpolitik.

Die Verwerfung der Zentralisierungsvorlage bei der persönlichen Ausrüstung der Armeeghörigen zeigte, dass das Paket als solches nicht «gehalten» hat. Aber wie haben es die Stimmbürgerinnen und -bürger beurteilt? Mit dieser Frage wollen wir uns nun befassen. Dank mehreren Indikatoren können wir im Rahmen unserer Untersuchung Antwort auf diese Frage geben.

Bereits der Ablauf der Befragungen liefert uns in Umrissen eine Antwort. Im VOX-Fragebogen zum Urnengang vom 10. März 1996 wurde die Frage betreffend Annahme oder Ablehnung der Sanierungsmassnahmen zwei Mal gestellt. Zunächst mussten sich die befragten Personen zum gesamten Paket äussern, ohne dass wir ihnen die Details der drei Massnahmen gaben; dies lieferte uns nicht nur Informationen zum Profil der Stimmabgabe<sup>3</sup>, sondern vor allem zur Fähigkeit der Befragten, das Paket in seiner Gesamtheit darzustellen. Danach fragten wir diejenigen nach den Details jeder Stimmabgabe, die in differenzierter Weise gestimmt hatten. Der erste Teil der Frage bereitete verschiedenen Personen Schwierigkeiten, die den Inhalt des Paketes nicht darlegen konnten und häufiger als gewöhnlich mit «Weiss nicht mehr» antworteten. Dieses besondere Vorgehen stellt somit einen Indikator für die von gewissen Personen empfundenen Schwierigkeiten dar, das Paket in seiner Gesamtheit zu erfassen.

Die Konfiguration der Stimmabgabe gegenüber dem Paket als Ganzem bringt zusätzliche Überlegungselemente. Bei einer Addition der Zahlen der beiden ersten Kolonnen *der Tabelle 3.2* stellen wir fest, dass bloss 37 Prozent der Stimmenden eine allgemeine Einstellung gegenüber den drei Massnahmen hatten, während die anderen, im Gegensatz dazu, ein differenziertes Stimmverhalten zeigten. Weiter kann festgestellt werden, dass das Paket in der deutschen Schweiz besser aufgenommen wurde als in der französischen. Im übrigen – dies ist jedoch in der Tabelle nicht enthalten – ist selbst bei denjenigen, die bereits zu Beginn wussten, wie sie stimmen werden, der Anteil der «kompakt» Stimmenden nicht höher als bei denjenigen, die sich im Verlauf der Wochen vor dem Urnengang entschieden haben. So hing denn der Entscheid zur differenzierten Stimmabgabe nicht von den Einwirkungen der Abstimmungskampagne ab.

Bei näherer Betrachtung der «kompakten» Stimmabgabe ist festzustellen, dass das dreifache Ja drei Mal häufiger vorhanden ist als das dreifache Nein. Eine undifferenzierte Einstellung zum

<sup>3</sup> Möglich waren die folgenden Antworten: «3xJa», «3xNein», «2xJa und 1xNein», «1x Ja und 2xNein», sowie «andere Kombinationen», das heisst, diejenigen mit leeren Stimmzetteln.

Tabelle 3.3: Die drei Massnahmen zur Sanierung der Bundesfinanzen – Stimmverhalten nach politischen Charakteristiken

Charakteristiken/Kategorien	Militär-	Branntwein	Park-	(n) <sup>a</sup>
	ausrüstung % Ja	% Ja	plätze % Ja	
Tatsächliches Total .....	44	81	54	
VOX-Total .....	47	78	58	361
<i>Vertrauen in die Regierung .....</i>				
Vertrauen .....	57	87	67	158
Unentschieden .....	50	85	61	44
Misstrauen .....	35	67	46	152
Cramer's V <sup>b</sup> .....	0.23***	0.23***	0.23***	
<i>Identifizierung mit einer Partei .....</i>				
Sozialdemokratische Partei .....	53	83	64	70
Christlichdemokratische Volkspartei .....	34	63	45	(37)
Freisinnig-Demokratische Partei .....	54	82	66	41
Schweizerische Volkspartei .....	50	88	75	(21)
Mehrere Parteisympathien .....	66	78	60	45
Ohne Parteisympathien .....	41	72	47	91
Cramer's V .....	0.26*	n.s.	0.27*	
<i>Interesse für die Politik .....</i>				
Sehr interessiert .....	51	83	59	93
Eher interessiert .....	53	82	60	191
Eher nicht interessiert .....	27	62	50	67
Überhaupt nicht interessiert .....	40	80	67	(10)
Cramer's V .....	0.20**	0.19**	n.s.	
<i>Positionierung auf der Links-Rechts-Achse .....</i>				
Links .....	60	87	75	54
Mitte .....	42	73	53	208
Rechts .....	57	79	59	53
Keine Positionierung .....	41	88	55	(36)
Cramer's V .....	0.16*	n.s.	n.s.	

<sup>a</sup> Die Zahl der befragten Personen war bei den einzelnen Vorlagen praktisch gleich, weswegen «n» dem für die drei Massnahmen berechneten Mittel entspricht.

<sup>b</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».

Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

Paket scheint im übrigen mit dem Grad des Vertrauens gegenüber den Behörden zusammenzuhängen. Bei den Misstrauenden liegt das dreifache Nein tatsächlich über dem Durchschnitt, während diese Kombination bei den Personen mit Vertrauen nur selten anzutreffen ist; bei diesen wiederum liegt das dreifache Ja über dem Mittel. Ausserdem ist festzustellen, dass Personen mit geringem politischem Interesse sowie die Romandes und Romands häufiger drei Mal ein Nein eingelegt haben als die an der Politik Interessierten und die Stimmenden in der Deutschschweiz, die ihrerseits in grösserer Masse drei Mal Ja gesagt haben.

### 3.3.2 Persönliche Ausrüstung der Armeeingehörigen

Angesichts der zahlreichen Personen, die differenziert gestimmt haben, hielten wir es für angebracht, für jede Sparmassnahme ein separates Profil zu zeichnen. Zur Erleichterung des Vergleichs der drei Vorlagen miteinander entschlossen wir uns jedoch, die erhaltenen Ergebnisse mit den gleichen Variablen in jeweils einer Tabelle darzustellen.

Der Bundesbeschluss über die Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeingehörigen ist von 56.1 Prozent der Stimmenden und 22 Kantonen abgelehnt worden. Nur Genf, Zürich und die beiden Basel haben zugestimmt.

Die erste Kolonne der *Tabelle 3.3* zeigt die Bedeutung der politischen Charakteristiken für das Stimmverhalten auf. Das Resultat, dem wir vor allem unsere Aufmerksamkeit zu widmen haben, findet sich bei der entscheidenden Rolle, die das Mass des Vertrauens gegenüber dem Bundesrat spielt. Nur ein Drittel der Misstrauenden sagte Ja, gegenüber mehr als der Hälfte der Personen mit Vertrauen. Politisch wenig Interessierte finden wir mehrheitlich im Nein-Lager, wogegen die Interessierten knapp zugestimmt haben. Die Verteilung der Zustimmungquote entsprechend den Parteisympathien der befragten Personen zeigt ebenfalls eine signifikante Beziehung auf, gibt indessen nur annähernd die Empfehlungen der Parteien wieder. Nur das ablehnende Ergebnis bei den SVP-Sympathisanten und -Sympathisantinnen liegt hier deutlich auf der gleichen Linie wie die Parteiparole. Den anderen Bundesratsparteien – die alle ein Ja empfohlen hatten – Nahestehende haben sich dagegen nur zurückhaltend für den Beschluss ausgesprochen. Da zu diesen Sparmassnahmen auf den beiden Seiten der politischen Landschaft keine diametral entgegengesetzten Stellungen eingenommen worden waren, erstaunen die geringen Unterschiede bei der Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse keineswegs.

Die erste Kolonne der *Tabelle 3.4 mit dem sozio-demographischen Profil* der Befürworter- und der Gegnerschaft des Bundesbeschlusses zeigt, dass die zwischen 40- und 70jährigen sowie die Westschweizer und -schweizerinnen mehrheitlich Nein gestimmt haben. Dagegen sind die Befürwortenden vor allem bei den Personen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren zu finden, sowie bei den über 70jährigen und in der Deutschschweiz. Alle anderen Testvariablen zeitigten dagegen keinen erklärenden Wert.

Schliesslich ergibt sich aus der Untersuchung der Verteilung der Ja-Stimmen gemäss den Wertvorstellungen (*Tabelle 3.5*), dass die Personen, die eine Schweiz befürworten, in welcher der Bund mehr Macht besitzt, klar die Zentralisierungsvorlage unterstützten, während diejenigen, die für eine Schweiz sind, in der die Kantone mehr Macht haben, deutlich dagegen gestimmt

Tabelle 3.4: Die drei Massnahmen zur Sanierung der Bundesfinanzen – Stimmverhalten nach sozio-demographischen Charakteristiken

Charakteristiken/Kategorien	Militär- ausrüstung % Ja	Branntwein % Ja	Park- plätze % Ja	(n) <sup>a</sup>
Tatsächliches Total .....	44	81	54	
VOX-Total .....	47	78	58	361
<i>Alter</i> .....				
18 – 29 Jahre .....	67	94	67	(38)
30 – 39 Jahre .....	57	91	64	73
40 – 49 Jahre .....	35	64	44	75
50 – 59 Jahre .....	36	84	60	42
60 – 69 Jahre .....	38	75	49	69
70 Jahre und darüber .....	56	71	69	65
Cramer's V <sup>b</sup> .....	0.23***	0.26***	0.19*	
<i>Sprachregion</i> .....				
Deutsche Schweiz .....	53	79	60	269
Französische Schweiz .....	31	79	46	72
Italienische Schweiz .....	25	65	62	(20)
Cramer's V .....	0.21***	n.s.	n.s.	
<i>Ausbildungsniveau</i> .....				
Obligatorische Schulzeit .....	32	56	49	49
Berufslehre .....	50	77	61	154
Maturität .....	57	79	39	(22)
Höhere Berufsausbildung .....	45	85	50	44
Höhere Technische Lehranstalt .....	44	87	58	(36)
Universität/Hochschule .....	57	90	69	51
Cramer's V .....	n.s.	0.24**	n.s.	
<i>Haushalts-Monatseinkommen</i> .....				
Weniger als 3000 Franken .....	51	63	65	48
3000 bis 5000 Franken .....	43	71	48	93
5000 bis 7000 Franken .....	49	88	65	80
7000 bis 9000 Franken .....	44	82	64	49
Mehr als 9000 Franken .....	65	97	62	(34)
Cramer's V .....	n.s.	0.25***	n.s.	

<sup>a</sup> Die Zahl der befragten Personen war bei den einzelnen Vorlagen praktisch gleich, weswegen «n» dem für die drei Massnahmen berechneten Mittel entspricht.

<sup>b</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief». Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

Tabelle 3.5: Die drei Massnahmen zur Sanierung der Bundesfinanzen – Stimmverhalten nach Wertvorstellungen

Charakteristiken/Kategorien	Militär- ausrüstung % Ja	Branntwein % Ja	Park- plätze % Ja	(n) <sup>a</sup>
Tatsächliches Total .....	44	81	74	
VOX-Total .....	47	78	58	361
<i>Föderalismus/Zentralismus</i> .....				
Zentralismus .....	66	82	62	90
Gemischte Wertvorstellungen .....	42	76	63	112
Föderalismus .....	39	76	50	126
Cramer's V <sup>b</sup> .....	0.23***	n.s.	n.s.	
<i>Wirtschaftspolitik</i> .....				
Für mehr staatliche Eingriffe .....	29	64	52	(23)
Gemischte Wertvorstellungen .....	59	77	68	95
Für mehr Wettbewerb .....	44	80	52	59
Cramer's V .....	0.17*	n.s.	0.16*	
<i>Bedeutung der Vollbeschäftigung</i> .....				
Vollbeschäftigung wenig wichtig .....	53	—	—	(30)
Gemischte Wertvorstellungen .....	54	—	—	63
Vollbeschäftigung wichtig .....	44	—	—	277
Cramer's V .....	0.16*	n.s.	n.s.	
<i>Weltoffenheit</i> .....				
Für eine weltoffene Schweiz .....	53	82	66	173
Gemischte Wertvorstellungen .....	47	87	56	103
Für eine ihre Traditionen wahrende Schweiz	33	55	43	71
Cramer's V .....	n.s.	0.28***	0.18*	
<i>Ordnung und Sicherheit</i> .....				
Wenig wichtig .....	47	95	60	41
Gemischte Wertvorstellungen .....	51	92	73	72
Wichtig .....	46	71	51	240
Cramer's V .....	n.s.	0.25***	0.18*	

<sup>a</sup> Die Zahl der befragten Personen war bei den einzelnen Vorlagen praktisch gleich, weswegen «n» dem für die drei Massnahmen berechneten Mittel entspricht.

<sup>b</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».

Die in Klammern gesetzeten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

haben. Dieser Unterschied war übrigens schon im Verlauf der Kampagne festzustellen. Bei der Einstellung der Befragten zu der Bedeutung der Vollbeschäftigung, des gleichen Lohns und des Masses der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft sind geringere Divergenzen festzustellen. Schliesslich finden wir keine Unterschiede zwischen denjenigen, die eine starke Armee befürworten und den anderen.

### 3.3.3 Branntwein und Brennapparate

Der Bundesbeschluss über die Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein ist überwältigend, von 80.8 Prozent der Stimmenden, und von allen Ständen angenommen worden.

*Tabelle 3.3* zeigt deutlich den breiten Konsens bei diesem Gegenstand, da alle Gruppierungen der Empfehlung des Bundesrats klar folgten. Es ist indessen festzustellen, dass Personen mit einem gewissen Misstrauen gegenüber der Landesregierung sowie diejenigen mit geringem politischem Interesse mehr Skepsis an den Tag gelegt haben als die andern, stimmten sie doch der Vorlage in unterdurchschnittlichem Mass zu. Die Parteisymphathien und die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse ihrerseits zeigen keine signifikanten Beziehungen auf.

Aus *Tabelle 3.4* ergibt sich, dass die über 60 Jahre alten Personen und – noch deutlicher – diejenigen, die nur die obligatorische Schulzeit absolviert haben oder über ein Einkommen von weniger als 5000 Franken verfügen, der Vorlage skeptischer gegenüberstanden als die anderen Gruppen. Geschlecht, berufliche Stellung, Sprachregion und Wohngegend übten dagegen gar keinen Einfluss auf den Stimmentscheid aus.

Bei der Betrachtung der Wertvorstellungen (*Tabelle 4.5*) schliesslich ist eine ausgeprägtere Unterstützung bei denjenigen festzustellen, die den Faktoren Ordnung und Sicherheit eine geringere Bedeutung beimessen, sowie bei denen, die eine weltoffene Schweiz befürworten, als bei den Verfechtern der entgegengesetzten Werte.

### 3.3.4 Parkplätze bei Bahnhöfen

Der Bundesbeschluss über die Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhofparkplatzanlagen ist knapp, von 54 Prozent der Stimmenden, und von 17 Kantonen angenommen worden.

Bei den politischen Charakteristiken der Stimmenden (*Tabelle 3.3*) sind kontrastierende Ergebnisse festzustellen. Eine Mehrheit von Personen mit Vertrauen in den Bundesrat ist dessen Empfehlung gefolgt, während die Misstrauenden den Beschluss abgelehnt haben. Bei der Betrachtung der Nähe zu einer Partei finden wir unterschiedliche Zustimmungsquoten; aber nur die Sympathisanten der CVP, die sich dagegen ausgesprochen haben, sind der Parteiparole nicht gefolgt. Die Basis der SPS traf sich – bei Stimmfreigabe – im Lager der Befürwortenden. Im übrigen präsentiert sich das Stimmverhalten derjenigen, die sich keiner Partei nahestehend fühlen, mit einem gegenüber dem Durchschnitt liegenden Ja-Stimmenanteil. Dagegen liefern die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse und das politische Interesse keine zusätzliche Erklärung.

Tabelle 3.6: Die drei Massnahmen zur Sanierung der Bundesfinanzen – Nein-Beweggründe in Prozent (pro befragte Person mehrere Antworten möglich)

Nein-Beweggründe		Stimmende
<i>Persönliche Ausrüstung der Armeeeingehörenden</i>		
<i>Arbeitsplatzbezogene Beweggründe</i>	59	
Verlust von Arbeitsplätzen		42
Verlust von Heimarbeitsplätzen		16
Solidarität mit wirtschaftlich schwachen Regionen		1
<i>Finanzielle Beweggründe</i>	11	
Erzielte Einsparungen sind sehr gering		6
Es muss anderswo gespart werden		5
<i>Föderalistische Beweggründe</i>	8	
Dies trifft Minderheiten	3	
Zentralisation zu teuer	1	
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	3	
<i>Unterschiedliche Beweggründe</i>	13	
<i>Ja-Beweggründe</i>	2	
Total <sup>a</sup>	100% (n=224)	
<i>Parkplätze bei Bahnhöfen</i>		
<i>Beweggründe im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik</i>	46	
Förderung des öffentlichen Verkehrs		21
Förderung der SBB		9
Für die auswärts wohnenden Personen		6
Verminderung des Verkehrs in den Städten		3
<i>Notwendigkeit der Parkplatz-Subventionierung</i>	10	
<i>Beweggründe zugunsten der Automobilisten</i>	5	
<i>Die Parkplätze müssen durch die Gemeinden finanziert werden</i>	4	
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	10	
<i>Unterschiedliche Beweggründe</i>	18	
<i>Ja-Beweggründe</i>	7	
Total <sup>a</sup>	100% (n=142)	
<sup>a</sup> «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind in der Berechnung der prozentualen Anteile nicht enthalten. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996		

Bei den einzelnen sozio-demographischen Merkmalen (Tabelle 3.4) ist, trotz gewisser signifikanter Beziehungen, keine eindeutige Tendenz auszumachen. Zunächst zeigt die Verteilung der Zustimmungsqoten auf die verschiedenen Altersklassen, dass – abgesehen von den 40- bis 49jährigen und der 60- bis 69jährigen – alle dem Beschluss zugestimmt haben. Während die Automobilkreise wie TCS und ACS, ihre Abneigung gegenüber dem Beschluss offen ausgedrückt haben, stellen wir fest, dass – dies ergibt sich allerdings nicht aus der Tabelle – die Automobilistenkreise die Vorlage nicht ablehnten.

In *Tabelle 3.5* schliesslich findet sich eine Übersicht der im Zusammenhang mit gewissen Wertvorstellungen erhaltenen Resultate. Zunächst ist festzustellen, dass die Verfechter einer weltoffenen Schweiz in ihrer Mehrheit Ja gestimmt haben, was bei den Personen mit traditionellen Wertvorstellungen nicht der Fall ist. Die Einstellung zu Ordnung und Sicherheit und zum Mass der Staatsinterventionen bei der Wirtschaft zeigt ihrerseits auch signifikante Beziehungen, ohne dass daraus wesentliche Unterschiede hervorgehen. Festzustellen war im weiteren – was sich aus der Tabelle nicht ergibt – dass bei den Grünen die Zustimmung etwas über dem Mittel lag.

### 3.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe

Bei den VOX-Befragungen ist es Usus geworden, von den befragten Personen in Erfahrung zu bringen, aus welchen Gründen sie Ja oder Nein gesagt haben.

#### 3.4.1 Persönliche Ausrüstung der Armeeingehörigen

Die erste Hälfte der *Tabelle 3.6* liefert die Bestätigung dessen, was bereits am Abend des Urnengangs klar war: In erster Linie sorgten die Befürchtungen um das Verschwinden zahlreicher Arbeitsplätze dafür, dass die Vorlage verworfen wurde. Gesamthaft ergibt sich aus fast 60 Prozent der spontan geäusserten Meinungen, dass Gegnerinnen und Gegner eine Gefährdung der Beschäftigung im allgemeinen oder der Heimarbeit im besonderen abwenden wollten. Zu den mit der Zentralisierung zu erzielenden Einsparungen sind zwei Aussagekategorien zu unterscheiden: Einerseits gibt es solche, die den ungenügenden Einfluss dieser Massnahme auf die Beseitigung des Budgetdefizits betonen, andererseits solche, die es lieber sähen, wenn der Bund auf andern Gebieten sparte. Ausserdem löste die Vorlage auch föderalistische Reaktionen aus, da gewisse Personen dafür hielten, die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung der Armeeingehörigen müsse eine kantonale Angelegenheit bleiben. An die 20 Prozent der Beweggründe sind allgemeiner oder sonstiger Art oder laufen in umgekehrter Richtung zum Stimmverhalten.

Bei den die Vorlage befürwortenden Personen wollte ein Drittel vor allem den Bund in seinen Anstrengungen zur Sanierung der Bundesfinanzen unterstützen (*Tabelle 3.7*). Von sehr marginaler Bedeutung ist, dass andere ihren Willen, den Zentralstaat zu stärken, oder ihre Unzufriedenheit gegenüber dem Militär zum Ausdruck bringen wollten. Der Löwenanteil kommt indessen den allgemeinen, unterschiedlichen oder dem Stimmverhalten entgegenstehenden Beweggründen zu.

#### 3.4.2 Branntwein und Brennapparate

Eines steht fest: Die Aufhebung der Verpflichtung zur Übernahme von Branntwein und Brennapparaten ist im Verlauf der Abstimmungskampagne auf keinen namhaften Widerstand gestossen. Dies kommt übrigens auch bei einer Betrachtung der Argumente derjenigen zum Ausdruck, die gegen die Vorlage waren. Erstens konnte bloss etwas mehr als die Hälfte der

Tabelle 3.7: Die drei Massnahmen zur Sanierung der Bundesfinanzen – Ja-Beweggründe in Prozent (pro befragte Person mehrere Antworten möglich)

Ja-Beweggründe	Stimmende
<i>Persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen</i>	
Finanzielle Beweggründe	30
Zentralistische Beweggründe	3
Unzufriedenheit gegenüber der Armee	3
Gespräche mit Dritten	2
Allgemeine Beweggründe	13
Unterschiedliche Beweggründe	23
Nein-Beweggründe	26
Total <sup>a</sup>	100% (n=64)
<i>Branntwein und Brennapparate</i>	
Ankauf unnötig	30
Finanzielle Beweggründe	25
Empfehlung des Bundesrats	9
Vorlage nicht umstritten / Kein wichtiger Gegenstand	4
Empfehlung einer Partei	1
Zur Verminderung der Bürokratie	1
Ich bin davon persönlich nicht betroffen	1
Allgemeine Beweggründe	14
Unterschiedliche Beweggründe	14
Nein-Beweggründe	1
Total <sup>a</sup>	100% (n=159)
<i>Parkplätze bei Bahnhöfen</i>	
Finanzielle Beweggründe	33
Diese Subventionen sind nicht mehr notwendig	18
Empfehlung des Bundesrats	6
Die SBB werden schon zu viel unterstützt	3
Automobilisten sollen öffentliche Verkehrsmittel benutzen	2
Ich bin davon nicht persönlich betroffen	2
Gespräche mit Dritten	1
Allgemeine Beweggründe	9
Unterschiedliche Beweggründe	11
Nein-Beweggründe	15
Total <sup>a</sup>	100% (n=123)
<sup>a</sup> «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind in der Berechnung der prozentualen Anteile nicht enthalten.	
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996	

Antwortenden ihren Stimmenscheid begründen. Im weiteren gab es derart wenig Aussagen, dass wir davon absahen, sie in die *Tabelle 3.6* aufzunehmen. In der Tat bieten sie keine Gewähr für eine getreue Wiedergabe der Beweggründe, die von der Gesamtheit der Nein-Stimmenden geäußert worden wären (n=26). Zweitens sind die seltenen Begründungen der Ablehnung zumeist recht verschwommen. Mit Ausnahme der allgemeinen oder unterschiedlichen Gründe sind im wesentlichen einige Bemerkungen zur Geringfügigkeit der erzielten Einsparungen festzustellen. Dieser *tour d'horizon* der Beweggründe für ein Nein zeigt die Schwierigkeiten der Stimmenden auf, ihre Entscheidung zu erklären, dies angesichts dessen, dass es keine Kampagne für ihre Ansicht gegeben hat.

Dagegen kommen die Gründe für ein Ja (*Tabelle 4.7*) klarer zum Ausdruck. Zum grossen Teil werden die Argumente der Bundesbehörden genannt. Bei etwa einem Zehntel der Aussagen wird ganz einfach auf die Empfehlung des Bundesrats Bezug genommen. Ausser dem Argument der unnötigen Verpflichtung zum Ankauf von Branntwein und Brennapparaten durch den Bund, das am meisten geäußert wurde, sind wiederum oft Begründungen finanzieller Art festzustellen: Der Ankauf ist zu teuer – der Bund muss sparen. Genannt wurden im weiteren die geringe Bedeutung der Vorlage, die schwache Opposition und weitere Beweggründe marginaler Art.

### 3.4.3 Parkplätze bei Bahnhöfen

Zur Erklärung der Ablehnung dieser dritten Sparmassnahme sind von der Gegnerschaft in erster Linie Gründe im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik angeführt worden (*Tabelle 4.6*). Das Nein bedeutete Förderung des öffentlichen Verkehrs im allgemeinen oder Förderung der SBB im besonderen. In ähnlicher Richtung geht die Befürchtung, diese Massnahme bewirke eine Zunahme des Privatverkehrs in den bereits zur Genüge verstopften Städten. Im weiteren Sinn kommt beim Nein auch eine gewisse Sympathie mit den Pendlern zum Ausdruck. Eine zweite Gruppe Neinstimmender war für die Beibehaltung der Parkplatzsubventionierung aus der Befürchtung heraus, dass andernfalls die Finanzierung dieser Infrastruktureinrichtungen künftig den Gemeinden zufalle. Im übrigen nehmen nur sehr wenige Begründungen klar Bezug auf eine Tendenz des progressiven Abbaus der Bundesbeiträge. Bei dieser Vorlage scheint also nicht eine allgemeine Einstellung gegenüber den Subventionen des Bundes zum Ausdruck zu kommen. Schliesslich machte sich eine kleine gegnerische Gruppe den Standpunkt der Automobilisten zu eigen, die ihrer Meinung nach nicht die Kosten der defizitären Bundesfinanzen zu tragen haben. Anderen ging es darum, eine Erhöhung der ihres Erachtens bereits zu hohen Kosten für das Parken bei Bahnhöfen zu vermeiden.

Bei den Beweggründen für eine Annahme des Beschlusses (*Tabelle 4.7*) stellen wir fest, dass die Besorgnis der Landesregierung über die prekäre Lage bei den Bundesfinanzen ebenfalls einen grossen Teil der Ja-Stimmenden sensibilisiert hat. Die meisten Verfechter gaben die beiden im «Bundesbüchlein» enthaltenen Hauptargumente des Bundesrats wieder. Einige waren der Ansicht, derartige Subventionen seien nicht mehr prioritär, während andere die Anzahl der bestehenden Parkplätze für ausreichend hielten. Ein Teil stellte übrigens spontan einen Zusammenhang zwischen beiden Argumenten her. Die nicht den Argumenten des Bundesrats entsprechenden sonstigen Beweggründe nehmen eine eher marginale Stellung ein. Es gibt weiter eine Gruppe verkehrspolitischer Motive. Hier finden die Befürworter und Befürworte-

Tabelle 3.8: *Evaluierung der Pro- und Contra-Argumente zum Bundesbeschluss über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen.*

		Einverstanden	Nicht ein- verstanden	Keine Antwort
<i>Pro-Argumente</i>				
«Die mit den drei Sanierungsmassnahmen erzielten Einsparungen sind ein erster Schritt auf dem Weg zur Beseitigung des Defizits bei den Bundesfinanzen.»	Stimmende	56	27	17
	Ja-Stimmende	69	17	14
	Nein-Stimmende	50	37	13
«Das Verfahren der Beschaffung der Militärausrüstung über die Kantone ist viel zu kompliziert.»	Stimmende	30	49	21
	Ja-Stimmende	43	38	19
	Nein-Stimmende	19	63	18
<i>Contra-Argumente</i>				
«Die Zentralisierung der Beschaffung der Militärausrüstung führt zum Verlust von Arbeitsplätzen in den Randregionen.»	Stimmende	82	9	9
	Ja-Stimmende	71	16	13
	Nein-Stimmende	92	4	4
«Die Beschaffung der Ausrüstung muss in der Zuständigkeit der Kantone bleiben.»	Stimmende	64	24	12
	Ja-Stimmende	49	38	13
	Nein-Stimmende	81	13	6
Ergebnisse in Prozent n Total Stimmende = 464 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996				

rinnen, die SBB hätten bis anhin eine zu grosse finanzielle Unterstützung erhalten. Die Zahl der ungenauen oder widersprüchlichen Antworten ihrerseits ist hoch, was übrigens auch der Fall bei der Gegnerschaft ist.

### 3.5 Die Unterstützung der Pro- und Contra-Argumente

Wie üblich baten wir die befragten Personen, zu einigen im Verlauf der Abstimmungskampagne gehörten Pro- und Contra-Argumenten Stellung zu beziehen.

#### 3.5.1 Persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen

Aus Tabelle 3.8 ergibt sich, dass Befürworter und Gegner der Vorlage folgerichtig die in ihrem jeweiligen Lager verfochtenen Argumente übernommen haben. Aufmerksamkeit verdient indessen vor allem die Aufnahme, welche die beiden Contra-Argumente bei den sie Befürwor-

Tabelle 3.9: Evaluierung der Pro- und Contra-Argumente zum Bundesbeschluss über den Brantwein und die Brennapparate

		Einverstanden	Nicht ein- verstanden	Keine Antwort
<i>Pro-Argumente</i>				
«Die mit den drei Sanierungsmassnahmen erzielten Einsparungen sind ein erster Schritt auf dem Weg zur Beseitigung des Defizits bei den Bundesfinanzen.»	Stimmende	56	27	17
	Ja-Stimmende	66	21	13
	Nein-Stimmende	44	45	11
«Da der Brantweinkonsum abnimmt, rechtfertigt sich der Ankauf der Brennapparate aus Gründen der Volksgesundheit nicht mehr.»	Stimmende	52	21	27
	Ja-Stimmende	60	18	21
	Nein-Stimmende	43	34	23
<i>Contra-Argumente</i>				
«Jede, auch die kleinste Massnahme gegen den Alkoholismus ist gut.»	Stimmende	72	16	11
	Ja-Stimmende	73	18	9
	Nein-Stimmende	84	7	9
Ergebnisse in Prozent n Total Stimmende = 464 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996				

tenden und das hauptsächliche Pro-Argument bei der Gegnerschaft gefunden haben. So war man in beiden Lagern der Ansicht, die Zentralisierung der Beschaffung der persönlichen Ausrüstung bewirke den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und stelle eine Gefährdung des Föderalismus dar. Gleichzeitig aber meinten sie, eine solche Massnahme stelle einen ersten Schritt zur Beseitigung des Defizits bei den Bundesfinanzen dar. Nur das Argument, das Verfahren der Beschaffung über die Kantone sei zu kompliziert, bewirkte eine geringfügige Polarisierung zwischen den Gegnern, die es klar ablehnten, und den Befürwortenden, die ihm knapp zustimmten. Das Ergebnis zeigt, dass weniger die Unterschiede an sich relevant sind, sondern die mit ihnen verbundene Priorität: Daraus kann man schliessen, dass die Erhaltung von Arbeitsplätzen den Gegnern wichtiger war als die Sparnotwendigkeit.

### 3.5.2 Brantwein und Brennapparate

Wie Tabelle 3.9 zeigt, sind die Pro- und Contra-Argumente im Zusammenhang mit der Volksgesundheit sowohl im Ja- als auch im Nein-Lager angenommen worden. Einerseits zeigt dies, dass die Bekämpfung des Alkoholismus eine allgemein anerkannte Notwendigkeit ist, und andererseits, dass die Stimmenden beider Seiten wahrscheinlich keine Verknüpfung von Brantweinkonsum und Alkoholproblemen hergestellt haben – eine These, die übrigens vom Bundesrat

Tabelle 3.10: Evaluierung der Pro- und Contra-Argumente zum Bundesbeschluss über die Parkplätze bei Bahnhöfen

		Einverstanden	Nicht ein- verstanden	Keine Antwort
<i>Pro-Argumente</i>				
«Die mit den drei Sanierungsmassnahmen erzielten Einsparungen sind ein erster Schritt auf dem Weg zur Beseitigung des Defizits bei den Bundesfinanzen.»	Stimmende	56	27	17
	Ja-Stimmende	72	15	13
	Nein-Stimmende	42	46	12
«Die Subventionen für die Anlage von Parkplätzen bei Bahnhöfen haben ihr Ziel erreicht und stellen somit keine Priorität des Bundes mehr dar.»	Stimmende	42	42	16
	Ja-Stimmende	59	26	15
	Nein-Stimmende	26	65	9
<i>Contra-Argumente</i>				
«Der Bund muss sich weiterhin für die Förderung des öffentlichen Verkehrs einsetzen.»	Stimmende	81	11	8
	Ja-Stimmende	81	11	8
	Nein-Stimmende	83	10	7
Ergebnisse in Prozent				
-n Total Stimmende = 464				
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996				

vertreten wurde. Das Pro-Argument bei der Reduktion des Finanzdefizits wurde folgerichtig von den Befürwortenden akzeptiert, während sich bei der Gegnerschaft eine gewisse Skepsis dazu zeigte. Es scheint auch hier das den verschiedenen Argumenten beigemessene Gewicht Gegner und Anhänger der Vorlage geteilt zu haben, und nicht die Bevorzugung gewisser Argumente gegenüber anderen.

### 3.5.3 Parkplätze bei Bahnhöfen

Zunächst ist festzuhalten, dass das Ja zur Aufhebung der Beiträge an Parkplätze bei Bahnhöfen nicht ein Votum gegen den öffentlichen Verkehr war. In der Tat sind Gegner wie Befürwortende der Ansicht, der Bund müsse seine Anstrengungen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs fortsetzen (Tabelle 3.10). Es waren indessen nur die Befürworter der Meinung, die Subventionen für Parkplatzanlagen bei Bahnhöfen seien nicht mehr von nationaler Priorität. Dieses zweite Pro-Argument ist übrigens bei den Deutschschweizern und -schweizerinnen besser angekommen (39 Prozent) als bei den Welschen (26 Prozent). Die These, die drei Sanierungsmassnahmen seien ein erster Schritt auf dem Weg zur Beseitigung des Budgetdefizits ist von den Ja-Stimmenden bestätigt worden und hat bei den Nein-Stimmenden eine abgeschwächte

Zustimmung gefunden. Es scheinen also Divergenzen bezüglich der Mittel zur Förderung des öffentlichen Verkehrs das Ja- und das Nein-Lager voneinander geschieden zu haben.

## 4. Der Bundesbeschluss über die Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung

### 4.1 Die Ausgangslage

Der neue Sprachenartikel (Art. 116 BV) ist am 6. Oktober 1995 vom Parlament angenommen worden. Mit ihm soll die Stellung der Sprachminderheiten dadurch verbessert werden, dass der Bund mehr Mittel für die finanzielle Unterstützung der Kantone Graubünden und Tessin zur Erhaltung und Förderung der rätoromanischen und italienischen Sprache erhält. Im weiteren regelt der Artikel die Verwendung der Landessprachen als Amtssprachen, wobei rätoromanische Personen sich im Verkehr mit dem Bund ihrer Sprache bedienen können. Schliesslich verpflichtet er Bund und Kantone zur Förderung der Verständigung und des kulturellen Austauschs unter den Sprachgemeinschaften des Landes.

Mit der Abstimmung vom 10. März 1996 ist eine politische Diskussion zum Abschluss gelangt, die auf das Jahr 1985 zurückgeht. Damals hatten Martin Bundi und vier weitere Bündner Nationalräte eine parlamentarische Motion eingereicht, mit der eine Aufwertung des Status der vierten Landessprache verlangt wurde. Dies führte im März 1991 zu einer ersten revidierten Version des Verfassungsartikels mit einer Verankerung des Territorialitätsprinzips und der Sprachenfreiheit. Diese beiden Grundsätze lösten jedoch im Parlament heftige Reaktionen aus, vor allem bei den welschen Abgeordneten, die befürchteten, das Prinzip der Sprachenfreiheit würde eine Bedrohung für die Minderheitssprachen darstellen. So verlor der Text im Verlauf der Debatten, die das Parlament noch während vier Jahren führte, nach und nach seine heikelsten Bestimmungen, und am Schluss hatten Volk und Stände über eine weniger ambitiöse Vorlage als den ursprünglichen Entwurf des Bundesrates zu entscheiden.

Die Kampagne im Vorfeld der Abstimmung verlief sehr ruhig, bestand doch bei der «Classe politique» wie bei den wenigen Vereinigungen, die Stellung bezogen hatten, Einmütigkeit. Nur die Schweizer Demokraten und die Freie Partei hatten ein Nein empfohlen. In den drei letzten Wochen vor dem Urnengang kam jedoch eine gewisse Kritik am Einsatz zusätzlicher, aufgrund des neuen Artikels erforderlicher Mittel sowie an der Intervention des Bundes in der Kantonsdomäne des Sprachen- und Schulbereichs auf.

Tabella 4.1: Sprachenartikel in der BV – Stimmverhalten nach politischen Charakteristiken und Wertvorstellungen

Charakteristiken/Kategorien	% Ja	(n)	Cramer's V <sup>a</sup>
Tatsächliches Total .....	76		
VOX-Total .....	79	428	
<i>Identifizierung mit einer Partei</i> .....			0.31***
Sozialdemokratische Partei .....	85	82	
Christlichdemokratische Volkspartei .....	64	(36)	
Freisinnig-Demokratische Partei .....	84	50	
Schweizerische Volkspartei .....	97	(30)	
Mehrere Parteisympathien .....	84	55	
Ohne Parteisympathien .....	69	102	
<i>Vertrauen in die Regierung</i> .....			0.19**
Vertrauen .....	85	182	
Unentschieden .....	88	60	
Misstrauen .....	70	179	
<i>Positionierung auf der Links-Rechts-Achse</i> .....			0.15*
Links .....	92	61	
Mitte .....	76	245	
Rechts .....	79	61	
Keine Positionierung .....	78	45	
<i>Chancengleichheit für Ausländer</i> .....			0.27***
Chancengleichheit .....	87	131	
Gemischte Wertvorstellungen .....	90	105	
Keine Chancengleichheit .....	68	163	
<i>Weltoffenheit</i> .....			0.26***
Für eine weltoffene Schweiz .....	88	195	
Gemischte Wertvorstellungen .....	75	122	
Für eine ihre Traditionen wahrende Schweiz	63	93	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».

Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

## 4.2 Die Kenntnis des Inhalts

Trotz einer flauen Abstimmungskampagne war der Inhalt des Sprachenartikels recht gut bekannt. 62 Prozent der Befragten konnten ihn zutreffend wiedergeben. Dieser Anteil beläuft sich übrigens bei den Stimmenden auf 76 Prozent. Vor allem auf die Erhaltung und Förderung der Viersprachigkeit richtete sich das Interesse der Stimmbürger und -bürgerinnen. Bei dieser Aussagengruppe steht das Rätoromanische eindeutig an der Spitze, wie bereits während der

Tabelle 4.2: Sprachenartikel in der BV – Stimmverhalten nach sozio-demographischen Charakteristiken

Charakteristiken/Kategorien	% Ja	(n)	Cramer's V <sup>a</sup>
Tatsächliches Total .....	76		
VOX-Total .....	79	428	
<i>Alter</i> .....			0.20**
18 – 29 Jahre .....	72.3	47	
30 – 39 Jahre .....	89.3	84	
40 – 49 Jahre .....	72.6	84	
50 – 59 Jahre .....	92.5	53	
60 – 69 Jahre .....	72.5	80	
70 Jahre und darüber .....	78.8	80	
<i>Geschlecht</i> .....			0.13**
Männer .....	74.9	239	
Frauen .....	85.2	189	
<i>Sprachregion</i> .....			n.s.
Deutsche Schweiz .....	78.1	320	
Französische Schweiz .....	83.9	87	
Italienische Schweiz .....	81.0	(21)	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».  
Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.  
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

Kampagne, wurde es doch in beinahe 50 Prozent der Fälle genannt, im Gegensatz zum Italienischen, das bei den befragten Personen nur auf geringes Interesse stiess (10 Prozent). Die Finanzhilfe des Bundes und die Gleichbehandlung der Landessprachen ihrerseits sind eher sporadisch genannt worden. Auf die Frage nach der Empfehlung des Bundesrats waren 66 Prozent der Befragten in der Lage, die richtige Antwort zu geben.

### 4.3 Das Abstimmungsprofil

Beim Urnengang vom 10. März 1996 haben 76.1 Prozent der Stimmenden sowie alle Kantone zur Revision des Sprachenartikels in der Verfassung Ja gesagt.

Der weitgehende Konsens bei dieser Vorlage, der sich bereits bei der Bekanntgabe der Kantonergebnisse manifestierte, ist auch bei der Betrachtung des Einflusses der politischen Charakteristiken und der Wertvorstellungen auf das Stimmverhalten klar festzustellen, gewährten doch alle Bevölkerungsgruppen ausnahmslos mit Überzeugung dem neuen Verfassungstext ihre Unterstützung (Tabelle 4.1). So haben die Parteisymphathien, bei denen jeweils die markan-

teste Korrelation festzustellen ist, weder bei den Mitgliedern der Bundesratsparteien – die ein Ja empfohlen hatten – noch bei den einer oder mehreren Parteien Nahestehenden oder den Personen ohne Affinität zu einer Partei eine merkliche Polarisierung bewirkt. Auch bei der Positionierung auf der Links-Rechts-Achse und dem Grad des Vertrauens in die Landesregierung bestätigt sich die Homogenität des Stimmverhaltens: Die Vorlage wurde durch das ganze Spektrum hindurch und unabhängig vom Vertrauen in den Bundesrat massiv angenommen. Dies ist indessen bei den vertrauenden und den nach links orientierten Personen ausgeprägter als bei denjenigen der Mitte und des rechten Flügels oder den Misstrauenden. Bezüglich der Wertvorstellungen verdienen hier einige Ergebnisse unsere Aufmerksamkeit. Zunächst: Bloss der Umstand, für oder gegen die Chancengleichheit aller zu sein, hatte keinen Einfluss auf das Stimmverhalten, während die Gleichheit der Behandlung der vier Landessprachen, namentlich des Rätoromanischen, von zentraler Bedeutung war. Dagegen unterstützten Personen, welche die Chancengleichheit von Schweizern und Ausländern befürworteten, die Vorlage in grösserem Mass als diejenigen mit entgegengesetzten Wertvorstellungen. Schliesslich haben die Traditionswahrenden in geringerem Umfang als im Mittel Ja gesagt, während dieser Anteil bei denjenigen mit entgegengesetzten Wertvorstellungen darüber lag.

Bei den sozio-demographischen Merkmalen der Stimmenden (*Tabelle 4.2*) kommt die geringe Polarisierung der verschiedenen Gesellschaftsgruppen klar zum Ausdruck, hat doch keine von ihnen die Vorlage abgelehnt. Sprachregion, Bildungsniveau, Wohngegend und berufliche Stellung – Faktoren, die oft erklärende Bedeutung besitzen – beeinflussten das Stimmverhalten ebensowenig. Dagegen sind bei anderen Variablen gewisse Schwankungen der Annahmehäufigkeit zu verzeichnen. So waren die Frauen und die Personen im Alter von 30 bis 39 und zwischen 50 und 59 Jahren in grösserem Masse dafür als die Männer und die Angehörigen der anderen Alterskategorien.

#### **4.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe**

Auch die spontan von den Befürworterinnen und Befürwortern des Sprachenartikels genannten Beweggründe liefern die Bestätigung der Medienkommentare unmittelbar nach dem Urnengang und stellen im wesentlichen auch eine Wiedergabe der Argumente des Bundesrats in dessen Empfehlungen dar (*Tabelle 4.3*). Beinahe ein Drittel der Ja-Sagenden erklärt seine Entscheidung mit Beweggründen kultureller Natur. Hier wird mit dem Ja insbesondere der Wille ausgedrückt, die Mehrsprachigkeit, die kulturelle Vielfalt oder, allgemeiner gesagt, die Traditionen und das kulturelle Erbe zu bewahren. An zweiter Stelle folgen die von etwa einem Viertel angegebenen, auf das Ziel der Vorlage bezogenen Motivationen. Die Stimmenden brachten die Absicht zum Ausdruck, entweder das Rätoromanische zu erhalten oder zu fördern oder es zu einer Teil-Amtssprache aufzuwerten. Dagegen waren die Verbesserung des Verständnisses zwischen den Sprachregionen und die Erhaltung des Italienischen für die befragten Personen von bloss geringem Interesse. Im weiteren begründet eine kleine Gruppe ihren Stimmentscheid mit der Gleichheit; ihr gemäss müssen die vier Landessprachen gleich behandelt werden. Schliesslich stellte das Ja für einzelne Personen ein Zeichen der Solidarität oder Sympathie gegenüber den Sprachminderheiten dar.

Table 4.3: Sprachenartikel in der BV – Ja- und Nein-Beweggründe in Prozent (pro befragte Person mehrere Antworten möglich)

	Stimmende	
<i>Ja-Beweggründe</i>		
<i>Beweggründe kultureller Art</i>	29	
Bewahrung der Mehrsprachigkeit		11
Bewahrung der kulturellen Vielfalt		7
Bewahrung unserer Traditionen/unseres Erbes		4
<i>Zielbezogene Beweggründe</i>	23	
Bewahrung und Förderung des Rätoromanischen		18
Aufwertung des Rätoromanischen zu einer Teil-Amtssprache		3
Erhaltung und Förderung des Italienischen und Rätoromanischen		1
Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses der Regionen		1
<i>Gleichheits-Beweggründe</i>	12	
<i>Solidaritäts-/Sympathie-Beweggründe</i>	12	
<i>Empfehlung des Bundesrats</i>	2	
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	11	
<i>Unterschiedliche Beweggründe</i>	10	
<i>Nein-Beweggründe</i>	1	
Total <sup>a</sup>	100% (n=565)	
<i>Nein-Beweggründe</i>		
<i>Beweggründe finanzieller Art</i>	24	
Zu teuer		8
Der Bund muss sparen		2
Gleichzeitige Abstimmung über das Sanierungspaket		2
<i>Beweggründe der fehlenden Notwendigkeit des neuen Artikels</i>	15	
<i>Gegen den Staatsinterventionismus</i>	5	
Föderalistische Beweggründe		2
Zu viel Bürokratie		3
<i>Misstrauen gegenüber der Landesregierung</i>	4	
<i>Mangelnde Information</i>	2	
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	14	
<i>Unterschiedliche Beweggründe</i>	27	
<i>Ja-Beweggründe</i>	8	
Total <sup>a</sup>	100% (n=130)	
<sup>a</sup> «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind in der Berechnung der prozentualen Anteile nicht enthalten. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996		

Bei der Gegnerschaft sind zwei Arten von Beweggründen deutlich zu unterscheiden. Auf der einen Seite geht es um das Finanzielle: Kritisiert werden die als zu hoch empfundenen Kosten der Verwirklichung der neuen Verfassungsbestimmungen. Andererseits lehnt man den neuen Artikel als unnötig ab, da die alten Bestimmungen als ausreichend betrachtet werden, oder weil man der Ansicht ist, es sei gegen das Verschwinden einer Sprache sowieso kein Kraut gewachsen. Schliesslich ging es einigen darum, den Bundesinterventionismus in diesem Bereich zu bekämpfen, dies aus föderalistischen Gründen oder zur Vermeidung einer zu starken Ausweitung der Bürokratie. Im übrigen machten die Gegnerinnen und Gegner Beweggründe allgemeiner Art, unterschiedliche oder ihrem Verhalten widersprechende Motive geltend.

#### **4.5 Die Unterstützung der Pro- und Contra-Argumente**

Nach der Betrachtung der von den Befragten spontan geäusserten Beweggründe der Stimmabgabe befassen wir uns nun mit Argumenten, die in der Kampagne kommuniziert und von den Befragten aufgenommen wurden.

Die erste Hälfte der *Tabelle 4.4* betrifft die drei Ja-Argumente, die sich auf die mit dem neuen Artikel anvisierten Ziele beziehen. Die befürwortende Seite neigt sehr den Argumenten zu, die mit ihrem Standpunkt übereinstimmen. Die Ablehnenden sind knapp gegen das Pro-Argument bezüglich der Erhaltung des Italienischen und des Rätoromanischen, bejahen dagegen weitgehend die Aufwertung der vierten Landessprache zu einer Teil-Amtssprache; dagegen bestreiten sie deutlich die Möglichkeit, mit dem Artikel zu einer Intensivierung des gegenseitigen Verständnisses der Sprachgemeinschaften beizutragen.

Bei den Contra-Argumenten sind die Ablehnenden der Ansicht, der Bund könne sich die zusätzlichen Kosten nicht leisten, welche dieser Artikel notwendig macht, und es sei übertrieben, das Romanische zu einer Teil-Amtssprache zu machen. Sie halten im weiteren dafür, die Verwirklichung der mit den neuen Bestimmungen anvisierten Ziele sei Aufgabe der Bevölkerung und nicht des Bundes. Dies glaubt auch eine Mehrheit der Befürwortenden, die sich von den beiden anderen Contra-Argumenten deutlich distanziert.

## **5. Der Bundesbeschluss über den Wechsel der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura**

### **5.1 Die Ausgangslage**

Von den fünf Vorlagen des Urnengangs vom 10. März 1996 hat zweifellos diejenige über den Wechsel der Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura in der Kampagne die niedrigsten Wellen geschlagen, hatten doch sowohl die Behörden der beiden betroffenen Kantone als auch diejenigen des Bundes und die politischen Parteien diesen Wechsel befürwortet. Die Leichtigkeit,

Tabelle 4.4: *Evaluierung der Pro- und Contra-Argumente zum Sprachenartikel in der Bundesverfassung*

		Einverstanden	Nicht ein- verstanden	Keine Antwort
<i>Pro-Argumente</i>				
«Der neue Sprachenartikel dient der Bewahrung und Förderung des Rätoromanischen und Italienischen.»	Stimmende	82	13	5
	Ja-Stimmende	93	3	4
	Nein-Stimmende	46	49	5
«Der neue Sprachenartikel beseitigt eine Ungerechtigkeit und ermöglicht den Rätoromanen, ihre Muttersprache im Verkehr mit dem Bund zu benutzen.»	Stimmende	81	10	9
	Ja-Stimmende	90	4	6
	Nein-Stimmende	51	35	14
«Der neue Sprachenartikel ermöglicht die Intensivierung des Verständnisses und der Kontakte der vier Sprachgemeinschaften untereinander.»	Stimmende	68	22	10
	Ja-Stimmende	81	12	7
	Nein-Stimmende	25	58	17
<i>Contra-Argumente</i>				
«Die Verwirklichung der Ziele des neuen Sprachenartikels liegt bei den Bürgerinnen und Bürgern und nicht beim Bund.»	Stimmende	55	32	13
	Ja-Stimmende	50	37	13
	Nein-Stimmende	78	13	9
«Es ist übertrieben, das Rätoromanische zu einer Teil-Amtssprache zu machen, spricht es doch weniger als ein Prozent der Bevölkerung.»	Stimmende	30	61	9
	Ja-Stimmende	19	73	8
	Nein-Stimmende	72	23	5
«In dieser Zeit finanzieller Schwierigkeiten kann der Bund sich die zusätzlichen Ausgaben nicht erlauben, die der neue Sprachenartikel erfordert.»	Stimmende	27	56	17
	Ja-Stimmende	19	63	18
	Nein-Stimmende	57	34	9
Ergebnisse in Prozent n Total Stimmende = 464				
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996				

mit der die Vorlage angenommen wurde, steht allerdings in einem Kontrast zum Umfang der ganzen vorausgegangenen Debatte. Es brauchte nämlich zwanzig Jahre harter Verhandlungen zwischen den Kantonen Bern und Jura und den Bundesbehörden, bis die kleine Gemeinde den Wechsel vornehmen konnte. In der Tat hatte alles im Jahr 1974 begonnen. Bei den beiden ersten Volksabstimmungen zur jurassischen Autonomie befürwortete Vellerat klar die Schaffung des neuen Kantons und lehnte ein Verbleiben im Kanton Bern ab. Die Gemeinde Vellerat konnte

jedoch am dritten Urnengang über die Selbstbestimmung nicht teilnehmen, da sie nicht, wie die bernische Verfassung dies verlangte, an einen separatistischen Bezirk angrenzte. Sie verblieb somit im Kanton Bern, der jedoch seit 1975 versprach, Schritte zur Regelung des Übertritts zu unternehmen. Aber sehr bald gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Vellerat drängte deshalb auf seinen Anschluss an den Jura und machte seinem Unmut immer mehr Luft. 1993 beschloss die bernische Regierung, nachdem sie von den konkreten, durch die Konsultativkommission Widmer ausgearbeiteten Lösungsvorschlägen Kenntnis genommen hatte, ein Verfahren im Hinblick auf einen bedingungslosen Wechsel der Gemeinde zum Kanton Jura einzuleiten. So begann ein komplexer demokratischer Prozess, in dessen Verlauf sich nacheinander die Stimmbürger und -bürgerinnen des Kantons Bern<sup>4</sup>, der Gemeinde Vellerat<sup>5</sup> und des Kantons Jura<sup>6</sup> auszusprechen hatten. Nachdem alle dem Übertritt zugestimmt hatten, waren die Vorbedingungen zur Durchführung des Zustimmungsverfahrens auf eidgenössischer Ebene erfüllt. In der Tat muss jeder gebietsmässige Wechsel von einem Kanton zu einem andern, der nicht einer blossen Grenzberichtigung gleichzusetzen ist, durch den Souverän gutgeheissen werden, nämlich durch Volk und Stände<sup>7</sup>.

## 5.2 Die Kenntnis des Inhalts

Zu den 67 Prozent der Befragten, denen die Empfehlung des Bundesrats bekannt war, konnten 72 Prozent den Inhalt der Vorlage zutreffend wiedergeben. Die Aussagen der andern waren entweder unzutreffend (24 Prozent der gemachten Äusserungen), oder die Betroffenen wussten keine Antwort.

## 5.3 Das Abstimmungsprofil

Der Bundesbeschluss über den Wechsel der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura ist von 91.7 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen angenommen worden. Wir müssen bis zum 6. Juni 1971 zurückgehen, um eine noch höhere Zustimmungquote zu finden<sup>8</sup>.

Aus *Tabelle 5.1* ist der gleichsam plebiszitäre Charakter dieses Urnengangs insofern ersichtlich, als in allen sozialen und politischen Gruppen die Zustimmungquoten sehr hoch sind. Selbst ein Unterschied von 20 Prozent zwischen zwei Bevölkerungskategorien, zu dem noch ein signifikanter Korrelationskoeffizient kommt, hilft uns bei der Erklärung des Stimmverhaltens nicht.

<sup>4</sup> Am 12. März 1995, nahmen die bernischen Stimmbürger und -bürgerinnen den Kantonswechsel mit 210 734 Ja gegen 39 196 Nein an.

<sup>5</sup> Am 18. Juni 1995 nahmen die Stimmbürger und -bürgerinnen der Gemeinde Vellerat den Kantonswechsel mit 41 Stimmen ohne Gegenstimme an.

<sup>6</sup> Am 25. Juni 1995, nahmen die jurassischen Stimmbürger und -bürgerinnen den Kantonswechsel mit 20 021 Ja gegen 1757 Nein an.

<sup>7</sup> Nach dem Beispiel des Kantonswechsels des Laufentals; vgl. VOX-Analyse der eidg. Abstimmung vom 26. September 1993.

<sup>8</sup> Der Umweltschutzartikel war von 92.7 Prozent der Stimmenden angenommen worden. Der absolute Rekord war indessen am 6. Juni 1915 verzeichnet worden, dies mit 94.3 Prozent Ja-Stimmen. Dabei handelte es sich um den Bundesbeschluss über die Annahme eines Verfassungsartikels im Hinblick auf die Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer.

Tabelle 5.1: Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat – Stimmverhalten nach sozio-demographischen Charakteristiken und Wertvorstellungen

Charakteristiken/Kategorien	% Ja	(n)	Cramer's V <sup>a</sup>
Tatsächliches Total .....	92		
VOX-Total .....	92	406	
<i>Alter</i> .....			0.20**
18 – 29 Jahre .....	91	46	
30 – 39 Jahre .....	99	84	
40 – 49 Jahre .....	89	78	
50 – 59 Jahre .....	98	45	
60 – 69 Jahre .....	94	78	
70 Jahre und darüber .....	84	75	
<i>Sprachregion</i> .....			0.15**
Deutsche Schweiz .....	90	299	
Französische Schweiz .....	99	87	
Italienische Schweiz .....	100	(20)	
<i>Vertrauen in die Regierung</i> .....			0.23***
Vertrauen .....	98	175	
Unentschieden .....	95	57	
Misstrauen .....	85	167	
<i>Identifizierung mit einer Partei</i> .....			n.s.
Sozialdemokratische Partei .....	92	76	
Christlichdemokratische Volkspartei .....	81	(37)	
Freisinnig-Demokratische Partei .....	93	42	
Schweizerische Volkspartei .....	90	(31)	
Mehrere Parteisympathien .....	98	49	
Ohne Parteisympathien .....	92	98	
<i>Weltoffenheit</i> .....			0.23***
Für eine weltoffene Schweiz .....	96	188	
Gemischte Wertvorstellungen .....	94	115	
Für eine ihre Traditionen wahrende Schweiz	81	87	
<i>Haushalts-Monatseinkommen</i> .....			0.33***
Weniger als 3000 Franken .....	73	51	
3000 bis 5000 Franken .....	96	112	
5000 bis 7000 Franken .....	94	89	
7000 bis 9000 Franken .....	100	54	
Mehr als 9000 Franken .....	82	(38)	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».  
Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.  
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

Es ist indessen festzustellen, dass diejenigen, die ein gewisses Misstrauen gegenüber der Landesregierung zum Ausdruck gebracht haben, in weniger überwältigender Masse als die Personen mit Vertrauen Ja sagten. Bei den Altersklassen ist die Zustimmung der über 70jährigen am niedrigsten; das Gleiche ist von den Personen mit einem Haushalts-Monatseinkommen von weniger als 3000 Franken zu sagen. Bei Merkmalen wie Geschlecht, Wohngegend, berufliche Stellung, Bildungsniveau oder Parteisympathien finden wir recht einheitliche Zustimmungswerten. Bezüglich der Wertvorstellungen liegt bei denjenigen, welche die Idee einer ihrer Traditionen hochhaltenden Schweiz verfechten, die Zustimmung unter dem Mittel, was bei den Personen, die für eine weltoffene Schweiz sind, nicht der Fall ist.

#### 5.4 Die Beweggründe der Stimmabgabe

Bei mehr als 40 Prozent der von denjenigen angegebenen Beweggründe, die den Wechsel der Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura befürworteten (*Tabelle 5.2*), besteht eine Bezugnahme auf die Selbstbestimmung. Das Ja ist hier der Ausdruck der Respektierung eines Entscheids, der vor allem der Gemeindebevölkerung zusteht, oder – eher marginal – ein notwendiger Schritt im Rahmen des Demokratieprozesses. Neben der hohen Zahl von Personen, die ihren Entscheid mit allgemeinen oder unterschiedlichen Motiven begründen, finden wir diejenigen, die mit ihrem Ja ein für allemal eine über 20 Jahre alte Frage regeln wollten. Schliesslich fanden es gewisse Personen nur folgerichtig, dass eine welsche Gemeinde sich einem welschen Kanton anschliesst, dies umso mehr, als die Gemeinde zu diesem Kanton bereits gute Kontakte pflegte.

Da der Kantonswechsel während der Wochen vor der Abstimmung unangefochten war, interessierte uns, weshalb sich ihm gewisse Personen widersetzen. Bei dem ausserordentlich geringen Anteil Nein-Stimmen ist auch bei den dafür angegebenen Beweggründen nicht viel zu finden. Dennoch wollen wir hier die erhaltenen Antworten kurz darlegen, ohne ihnen jedoch einen statistischen Wert beizumessen. Ausser den Motiven allgemeiner, unterschiedlicher oder unzutreffender Art finden wir das Nein als Ausdruck des Protestes gegen inhaltslose Abstimmungen. Wir werden im übrigen auf diesen Punkt im Kapitel über die Stimmbeteiligung zurückkommen. Eine dritte Gruppe schliesslich gibt an, grundsätzlich gegen jeden Gebietswechsel zu sein, in der Befürchtung, ein derartiges Vorgehen könne Schule machen.

Tabelle 5.2: *Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat – Ja- und Nein-Beweggründe in Prozent (pro befragte Person mehrere Antworten möglich)*

	Stimmende
<i>Ja-Beweggründe</i>	
<i>Recht auf Selbstbestimmung</i>	41
Für Respektierung der Gemeindebevölkerung	39
Für eine Weiterführung des demokratischen Prozesses	2
<i>Damit diese Frage endlich geregelt ist</i>	16
<i>Es sind französischsprachige Schweizer</i>	5
<i>Vellerat hat bereits viele Kontakte mit dem Jura</i>	6
<i>Empfehlung des Bundesrats</i>	1
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	17
<i>Unterschiedliche Beweggründe</i>	12
<i>Nein-Beweggründe</i>	2
Total <sup>a</sup>	100% (n=578)
<i>Nein-Beweggründe</i>	
<i>Protest gegen inhaltslose Abstimmungen</i>	20
<i>Gegen jeden Kantonswechsel</i>	15
<i>Negative Gefühle gegenüber den Jurassiern</i>	4
<i>Gespräche mit Dritten</i>	2
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	35
<i>Unterschiedliche Beweggründe</i>	22
<i>Ja-Beweggründe</i>	2
Total <sup>a</sup>	100% (n=46)
<sup>a</sup> «Weiss nicht» und Antwortverweigerungen sind in der Berechnung der prozentualen Anteile nicht enthalten.	
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996	

## 6. Die Stimmbeteiligung

Die am 10. März 1996 verzeichnete Stimmbeteiligung von 29.9 Prozent liegt deutlich unter dem für die 25 vergangenen Jahre errechneten Mittel, das sich bei etwa 44 Prozent befindet. Wir müssen bis zum 2. März 1975 zurückgehen, um ein noch niedrigeres Ergebnis zu finden<sup>9</sup>. Die Beteiligung ist übrigens insofern geringer, als bloss 84 Prozent der Stimmenden, die von sich sagen, sie würden nie eine Abstimmung verpassen, und die in der Regel ein Beteiligungsminimum von 30 Prozent aufweisen, teilgenommen haben. Die aufgrund der VOX-Befragung ermittelte Beteiligung von 45 Prozent entspricht nicht dem tatsächlichen Ergebnis, liegt aber dennoch in der Norm der im Zeitraum von 15 Jahren verzeichneten Abweichungen (16 Pro-

<sup>9</sup> Damals ging es um den Bundesbeschluss über den Verfassungsartikel zur Konjunkturpolitik. Die Stimmbeteiligung betrug 29 Prozent.

zent)<sup>10</sup>. Dies ist ein Phänomen, das sowohl im Rahmen der VOX-Analysen als auch bei Befragungen im Ausland bekanntermassen auftritt<sup>11</sup>.

## 6.1 Das Profil der Stimmbeteiligung

In der Literatur zum politischen Verhalten der Stimmbürger und -bürgerinnen wird schon seit langem gesagt, dass sich gewisse Personengruppen mit spezifischen gesellschaftlichen und politischen Merkmalen häufiger als andere an den Abstimmungen beteiligen. Eine These, die sich aus dieser Feststellung ergibt, lautet, dass eine grössere Komplexität der Abstimmungsgegenstände oder eine niedrige Stimmbeteiligung eine Akzentuierung der Unterschiede bei der Beteiligungsrate der einzelnen Bevölkerungsgruppe bewirken. Da der Urnengang vom 10. März 1996 sowohl durch eine niedrige Stimmbeteiligung als auch eine geringe Komplexität der Vorlagen gekennzeichnet war<sup>12</sup>, wollten wir wissen, welcher dieser beiden Faktoren den grösseren Einfluss auf das Teilnahmeprofil hatte. Festzustellen ist, dass die Unterschiede zwischen den Gruppen nicht ausgeprägter als gewöhnlich sind, wobei gewisse sogar nivelliert wurden (Tabelle 6.1 und 6.2). Dies bedeutet, dass die Auswirkungen der geringen Komplexität der Vorlagen stärker waren als der niedrige Beteiligungsgrad.

Die signifikantesten Erklärungselemente sind, wie gewohnt, bei den politischen Kriterien zu finden (Tabelle 6.1). Die Kategorien der an der Politik interessierten Personen oder derjenigen mit Sympathien für eine Partei – umso mehr dann, wenn sie eine enge Parteibindung haben – weisen die höchsten Teilnahmequoten auf. Auf der anderen Seite finden wir die Personen mit geringem politischem Interesse oder die keiner Partei Nahestehenden zum grossen Teil in den Reihen der Nichtstimmenden. Schwankungen bei der Beteiligung zwischen den Parteien dagegen sind unbedeutend. Auch bei der Einstufung auf der Links-Rechts-Achse lässt sich nur eine schwache Beziehung feststellen. Immerhin ist zu bemerken, dass Personen, die sich hier nicht positionieren können, weniger gestimmt haben als die anderen.

Bei den sozio-demographischen Merkmalen (Tabelle 6.2) zeigt sich, dass – wie immer – Männer, Personen höheren Alters, diejenigen mit höherem Bildungsniveau und Personen, die seit mehr als 5 Jahren in ihrer Gemeinde wohnen, in grösserem Masse teilgenommen haben als diejenigen der entsprechenden anderen Gruppen. Das Haushaltseinkommen und die berufliche Stellung – Kategorien, bei denen wir bis jetzt an unterschiedlichere Resultate gewöhnt waren – die Sprachregionen und der Umstand, ob jemand berufstätig ist oder nicht, bringen ihrerseits auch keine nennenswerten Beziehungen.

<sup>10</sup> Vgl. VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 25. Juni 1995, S. 36.

<sup>11</sup> Für dieses Phänomen können zwei Erklärungen gegeben werden. Auf der einen Seite sind diejenigen, die sich an den Abstimmungen beteiligen, in der Regel eher bereit, bei den Erhebungen mitzumachen, die politische Themen betreffen, als die Nichtstimmenden. Andererseits wagen gewisse Nichtstimmende nicht, ihre gelegentliche oder chronische Abstinenz zuzugeben und geben dann die Antwort, die sie als die sozial akzeptabelste ansehen, indem sie sagen, sie hätten gestimmt. Nachdem dies festgestellt worden ist, kann gesagt werden, dass die Ergebnisse gleichwohl so lange als zuverlässig angesehen werden können, als die Anzahl der in den Kategorien «Stimmende» und «Nichtstimmende» enthaltenen Fälle hoch ist, was für die vorliegende Befragung zutrifft. So befinden sich beispielsweise die Zustimmung- und Ablehnungsanteile, die mit unserem Muster für die einzelnen Vorlagen berechnet wurden, mit einer einzigen Ausnahme, innerhalb des Rahmens unseres Vertrauensintervalls von  $\pm 3.1$  Prozent.

<sup>12</sup> 57.66 und 40 Prozent der befragten Personen haben es als leicht angesehen, sich beim Sprachenartikel, beim Kantonswechsel von Vellerat und beim Sanierungsmassnahmenpaket zu entscheiden.

Tabella 6.1: Stimmbeteiligung nach politischen Charakteristiken

Charakteristiken/Kategorien	Abweichung vom Mittel Beteiligung in %	(n)	Cramer's V <sup>a</sup>
Tatsächliche Beteiligung .....	30		
Beteiligung gemäss VOX .....	45	1022	
<i>Interesse für die Politik</i> .....			0.30***
Sehr interessiert .....	+ 21	167	
Eher interessiert .....	+ 7	471	
Eher nicht interessiert .....	- 12	276	
Überhaupt nicht interessiert .....	- 29	107	
<i>Identifizierung mit einer Partei</i> .....			0.24***
Sozialdemokratische Partei .....	+ 13	148	
Grüne Partei .....	+ 27	(18)	
Evangelische Volkspartei/Landesring .....	+ 9	(13)	
Christlichdemokratische Volkspartei .....	+ 13	67	
Freisinnig-demokratische Partei .....	+ 14	88	
Schweizerische Volkspartei .....	+ 6	65	
Schweizer Demokraten/Freiheitspartei .....	+ 8	(19)	
Mehrere Parteisympathien .....	- 3	140	
Ohne Parteisympathien .....	- 8	310	
<i>Bindung an eine Partei</i> .....			0.17***
Sehr enge Bindung .....	+ 26	49	
Recht gute Bindung .....	+ 16	67	
Sympathisierend .....	+ 7	371	
Keine Bindung .....	- 8	96	
<i>Positionierung auf der Links-Rechts-Achse</i> .....			0.13***
Links .....	- 5	166	
Mitte .....	+ 5	533	
Rechts .....	+ 7	129	
Keine Positionierung .....	- 11	146	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».  
Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.  
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

## 6.2 Die Stabilität der Stimmgabe

Angesichts der fast historischen Stimmbeteiligung vom 10. März 1996 wollten wir wissen, wie sich die Nichtstimmenden geäußert hätten, wenn sie an der Abstimmung teilgenommen hätten. Unsere Analyse zeigt, dass sie zum Sprachenartikel in der BV noch deutlicher (mit 93 Prozent) und zum Kantonswechsel von Vellerat (mit 95 Prozent) als die Stimmenden Ja gesagt hätten.

Tabelle 6.2: Stimmbeteiligung nach sozio-demographischen Charakteristiken

Charakteristiken/Kategorien	Abweichung vom Mittel Beteiligung in %	(n)	Cramer's V <sup>a</sup>
Tatsächliche Beteiligung .....	30		
Beteiligung gemäss VOX .....	45	1022	
<i>Geschlecht</i> .....			0.09**
Männer .....	+ 5	517	
Frauen .....	- 4	505	
<i>Alter</i> .....			0.20***
18-29 Jahre	- 17	170	
30-39 Jahre	- 4	226	
40-49 Jahre	+ 1	194	
50-59 Jahre	0	130	
60-69 Jahre	+ 13	149	
70 Jahre und darüber	+ 13	153	
<i>Ausbildungsniveau</i> .....			0.11*
Obligatorische Schulzeit .....	- 3	167	
Berufslehre .....	- 4	480	
Maturität .....	+ 8	58	
Höhere Berufsausbildung .....	+ 2	116	
Höhere Technische Lehranstalt. ....	+ 7	90	
Universität/Hochschule .....	+ 12	104	
<i>Hier wohnhaft seit:</i> .....			0.14***
weniger als 5 Jahren .....	- 13	235	
5 und mehr Jahren .....	+ 4	787	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».  
Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.  
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

Tiefere Zustimmungsquoten wären dagegen bei den Sanierungsmassnahmen bezüglich der persönlichen Ausrüstung der Armeeingehörigen (38 Prozent), dem Ankauf von Branntwein und Brennapparaten (73 Prozent) und den Parkplätzen (48 Prozent) zu verzeichnen gewesen. Aufgrund dieser Ergebnisse können wir jedoch den Ausgang nicht abschätzen, den die Abstimmung bei einer Beteiligung der Nichtstimmenden hätte nehmen können, weil das Ständemehr und das tatsächliche Stimmverhalten dieser Personen nicht berücksichtigt werden können.

Tabelle 6.3: Art der Beteiligung nach sozio-demographischen Charakteristiken, in Prozent

Charakteristiken/Kategorien	Urne %	Brieflich %	(n)	Cramer's V
<i>VOX-Total</i> .....	66	34	443	
<i>Sprachregion</i> .....				0.25***
Deutsche Schweiz .....	60	40	326	
Französische Schweiz .....	82	18	95	
Italienische Schweiz .....	100	0	(22)	
<i>Ausbildungsniveau</i> .....				0.19**
Obligatorische Schulzeit .....	87	13	68	
Berufslehre .....	61	39	189	
Maturität .....	67	33	(27)	
Höhere Berufsausbildung .....	64	36	53	
Höhere Technische Lehranstalt .....	67	33	45	
Universität/Hochschule .....	59	41	58	
<i>Wohngegend</i> .....				0.17**
Grosse Stadt .....	56	44	127	
Kleine/mittelgrosse Agglomeration .....	66	34	183	
Ländliches Gebiet .....	77	23	133	

<sup>a</sup> Zur Interpretation der statistischen Parameter siehe Kapitel «Methodischer Steckbrief».  
Die in Klammern gesetzten Zahlen sind als Trendzahlen anzusehen, da eine unter 40 liegende Zahl von Fällen keine quantitativen Schlüsse erlaubt.  
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

### 6.3 Die Arten der Stimmbeteiligung

Zwei Drittel der Stimmdenden begaben sich an der Abstimmung vom 10. März 1996 persönlich an die Urne; das restliche Mittel machte von der Möglichkeit, brieflich zu stimmen, Gebrauch. Nur 3 Prozent liessen sich vertreten, was uns bewog, sie bei den Analysen beiseitezulassen (Tabelle 6.3). Die signifikanten Merkmale der anderen Abstimmungen (berufliche Stellung, Haushaltseinkommen oder Alter, sowie die politischen Charakteristiken bieten keine signifikanten Korrelationen. Das einzige Kriterium, das wir hier zur Erklärung der Art der Beteiligung berücksichtigen können, ist das Bildungsniveau, steigt doch die Zahl der brieflich Stimmdenden proportional mit dem Bildungsniveau. In Zusammenhang stehende Variablen wie Sprachregion und Wohngegend dienen uns dagegen überhaupt nicht, da die Unterschiede bei der Wahl der Teilnahmeart nicht als Ausdruck spezifischer individueller Präferenzen zu betrachten sind, sondern die Folge der institutionellen Gegebenheiten in den einzelnen Kantonen darstellen. Jeder von ihnen hat seine eigenen Spielregeln festgelegt, welche die briefliche Stimmgabe mehr oder weniger einfach machen.

Tabelle 6.4: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlagen durch die Stimmbürger und bürgerinnen

Bedeutung für...	Spar-massnahmen		Sprachen-artikel		Kantonswechsel Vellerat		Mittel 1993–95 <sup>a</sup>	
	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %
Sehr gering (0,1) <sup>b</sup>	9	32	10	38	17	48	6	20
Gering (2,3,4)	19	23	20	25	28	24	14	18
Mittelmässig (5)	20	17	24	15	20	11	16	15
Gross (6,7,8)	23	13	24	12	16	6	32	22
Sehr gross (9,10)	13	4	15	5	12	7	24	20

n = 1027

<sup>a</sup> Durch uns berechnetes Mittel vom 3. Juni 1993 bis zum 25. Juni 1995.

<sup>b</sup> Die befragten Personen hatten die Bedeutung der einzelnen Vorlagen auf einer von 0 bis 10 gehenden Skala zu situieren. 0 hiess «keine Bedeutung» und 10 «sehr grosse Bedeutung». Die in Klammern gesetzten Zahlen entsprechen den ursprünglichen Codes; in der Folge nahmen wir eine Neucodierung vor.

Das Total liegt unter 100 Prozent, da «Weiss nicht» und «Keine Antwort» in der Tabelle nicht enthalten sind.  
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996

## 6.4 Die Bedeutung der Vorlagen

Wir baten die befragten Personen, uns die Bedeutung der Vorlagen vom 10. März 1966 für die Schweiz und für sie persönlich anzugeben (Tabelle 6.4). Die subjektiven Beurteilungen stellen eine Wiedergabe der Kommentare dar, die unmittelbar nach dem Urnengang von den Medien abgegeben wurden. Im Vergleich mit dem Durchschnitt ist die von den Befragten den drei Vorlagen für das Land und für sie persönlich beigemessene Bedeutung im Ganzen genommen gering, dies vor allem beim Kantonswechsel von Vellerat. Interessant ist im übrigen die Feststellung, dass seit 1993 nur der Kantonswechsel des Laufentals als noch weniger bedeutend beurteilt wurde<sup>13</sup>. Die Revision des Sprachenartikels in der BV, der eigentlich das treibende Element dieses Urngangs hätte bilden sollen, wurde bedeutungsmässig eingeholt von dem Gegenstand mit der grössten Opposition, dem Sanierungspaket. Schliesslich ist festzustellen, dass die Bedeutung für die einzelne Person wie immer durchwegs niedriger ist als diejenige für das ganze Land. Im übrigen ging eine der Thesen zur Erläuterung des Entscheids über Teilnahme oder Nichtteilnahme dahin, dass sich umso mehr Stimmbürgerinnen und -bürger beteiligen, je grösser die Bedeutung der Vorlagen ist. Wir stellten uns deshalb die Frage, ob vielleicht eine Beziehung zwischen der niedrigen Stimmbeteiligung vom 10. März 1996 und der geringen, von den Befragten den einzelnen Gegenständen zuerkannten Bedeutung bestehe. Die erzielten Ergebnisse zeigen, dass eine derartige Beziehung vorliegt, zwingen uns jedoch, eine nuancierte Antwort zu geben, da die Stimmbeteiligung nur durch die Bemessung der Bedeutung für das Individuum

<sup>13</sup> Siehe Anmerkung Nr. 7.

Tabelle 6.5: Meinungen zu der Notwendigkeit der Abstimmung zu den Vorlagen vom 10. März 1996

		Einverst.	Nicht einverst.	Keine Antwort
«Es ist unnötig, das ganze Schweizervolk für Vorlagen von derart geringer Bedeutung wie diejenigen vom 10. März an die Urne zu rufen.»	Bürger/Bürgerinnen *	42	46	12
	Stimmende	36	56	8
	Nichtstimmende	47	38	15
«Es ist unnötig, das ganze Schweizervolk für den Sprachenartikel in der Bundesverfassung an die Urne zu rufen.»	Bürger/Bürgerinnen	36	54	10
	Stimmende	30	64	6
	Nichtstimmende	41	45	15
«Es ist unnötig, das ganze Schweizervolk für die Sanierungsmassnahmen bei den Bundesfinanzen an die Urne zu rufen.»	Bürger/Bürgerinnen	30	57	13
	Stimmende	27	68	6
	Nichtstimmende	33	48	19
«Es ist unnötig, das ganze Schweizervolk wegen des Kantonswechsels von Vellerat an die Urne zu rufen.»	Bürger/Bürgerinnen	55	35	10
	Stimmende	53	42	5
	Nichtstimmende	56	30	14
Ergebnisse in Prozent				
n Total Stimmbürger/-bürgerinnen = 1027				
* Das heisst, die Gesamtheit der Stimmbürger und -bürgerinnen, die befragt worden sind				
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996				

und nicht durch diejenige für das Land beeinflusst wird. Die Mobilisierung ist in der Tat umso grösser, je intensiver das Empfinden ist, persönlich betroffen zu sein (Cramer's V >0,30\*\*\* in den drei Fällen).

## 6.5 Der Urnengang vom 10. März 1996 – eine überflüssige Abstimmung?

Zur Fortführung der Betrachtungen des voranstehenden Kapitels baten wir die befragten Personen um ihre Ansicht zu einigen vor und nach der Abstimmung gehörten Meinungen. Dabei handelt es sich um unveröffentlichte Fragen (Tabelle 6.5).

Die Aufnahme, welche die Meinung gefunden hat, es sei unnötig, das ganze Schweizervolk für Vorlagen von derart geringer Bedeutung wie diejenigen vom 10. März 1996 an die Urne zu

rufen, legt Zeugnis von der fehlenden Attraktivität dieser Abstimmung ab. Diese Kritik hat bei 42 Prozent der Stimmbürgerschaft ein gutes Echo gefunden. Diese messen im übrigen den einzelnen Vorlagen eine unterschiedliche, aber stets geringe Bedeutung bei. Am niedrigsten wurde der Kantonswechsel von Vellerat bewertet, der nur einen winzig kleinen Teil der Bevölkerung persönlich betraf; er wurde von der Hälfte der Befragten als unnötig taxiert. Bei den Sanierungsmassnahmen dagegen haben – trotz der geringen Einsparungen – zwei Drittel der Stimmenden gefunden, man habe sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen dürfen, sich dazu zu äussern.

Im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung schlägt der Bundesrat vor, in Zukunft Gebietsänderungen bei den Kantonen dem fakultativen, nicht mehr dem obligatorischen Referendum zu unterstellen<sup>14</sup>. Unsere Befragung zeigt, dass dieser Vorschlag den Erwartungen einer Mehrheit der Stimmbürger und -bürgerinnen entsprechen könnte.

Die Beziehung zwischen der Bedeutung der Vorlagen und dem Beteiligungsgrad findet übrigens einmal mehr ihre Bestätigung, haben sich doch 61 Prozent der Personen, die mit der Meinung einig gehen, es sei unnötig, über derart wenig bedeutende Dinge abzustimmen, nicht beteiligt, gegenüber 45 Prozent, die nicht dieser Ansicht sind (Cramer's  $V = 0.19$  \*\*\*).

## 7. Methodischer Steckbrief

Die Grundlage für den vorliegenden Bericht bildet eine durch das GfS-Forschungsinstitut vom 11. bis zum 25. März 1996 durchgeführte telefonische Befragung. Die Auswahl musste also auf einer an Telefonbefragungen angepassten Grundlage erfolgen, das heisst ausgehend von allen schweizerischen Stimmberechtigten mit Telefonanschluss. Das GfS-Forschungsinstitut befragte 1032 Personen aus den einzelnen Regionen, die nach der «Geburtstagsmethode» ausgewählt wurden (in jedem Haushalt wird diejenige Person befragt, deren Geburtsdatum am nächsten beim Jahresbeginn liegt) Dieses Vorgehen bietet erneut Gewähr für eine anteilmässige Vertretung der Geschlechter, Altersklassen, Berufskategorien, Sprachregionen, Wohnformen und Bevölkerung von 25 Kantonen. Nach Vornahme der Kohärenz- und Konsistenztests erwiesen sich 1027 Interviews als brauchbar. 741 Befragungen wurden in der Deutschschweiz, 243 in der französischen Schweiz und 43 im Tessin durchgeführt.

Mit einer Zufallsauswahl ergibt die Grösse der Stichprobe ein Vertrauensintervall von  $\pm 3.1$  Prozent. Das heisst, dass ein aufgrund unserer Stichprobe berechneter Wert von 50 Prozent mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent einem tatsächlichen Resultat im Bereich zwischen 46.9 und 53.1 Prozent liegen.

<sup>14</sup> Reform der Bundesverfassung: Erläuterungen zum Verfassungsentwurf (1995), S.74–75, Art 39 BV. In dieser Reform ist in der Tat vorgesehen, dass jeder Gebietswechsel von einem zu einem andern Kanton wir bis anhin der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung und der betroffenen Kantone und danach des Parlamentes bedürfen, dass indessen der Beschluss unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums in Kraft treten kann und nicht mehr erst, nachdem Volk und Stände der Schweiz ihre Zustimmung dazu haben geben müssen.

Für die Erstellung des vorliegenden Berichts war diesmal das Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern verantwortlich. Die Analysen wurden mit Hilfe der PC-Version des Statistikprogramms SPSS durchgeführt. Die Interpretation der bivariaten Zusammenhänge stützt sich auf den Signifikanzgrad und den Cramer's V-Koeffizienten (oder Phi-Koeffizienten) ab, bei dem die Stärke der Beziehung zwischen zwei Variablen gemessen wird. Der Wert 1 bedeutet vollständige Übereinstimmung, während der Wert 0 gar keiner Übereinstimmung entspricht. Werte unter 0.15 deuten auf einen nur sehr schwachen Zusammenhang hin. Der Signifikanzgrad gibt die Irrtumswahrscheinlichkeit an, mit der ein Zusammenhang in der Grundgesamtheit (stimmberechtigte Schweizerbürger und -bürgerinnen oder Stimmende) angenommen werden kann. Cramer's V wird in den Tabellen nur dann angegeben, wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit sich auf höchstens 0.05 beläuft.<sup>15</sup> In diesem Fall besteht der Zusammenhang mit einer Sicherheit von 95 Prozent. Ist das Irrtumsrisiko jedoch höher als 0.05, bedeutet der Vermerk «n.s.», dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Die Interpretation stützt sich nur auf die signifikanten Zusammenhänge ab.

<sup>15</sup> Signifikanzgrad:  
\*\*\* :  $p < 0.001$   
\*\* :  $p < 0.01$   
\* :  $p < 0.05$   
n.s. :  $p > 0.05$



Analysen eidgenössischer Urnengänge  
Analyses des votations fédérales  
Analisi delle votazioni federali

## Hauptergebnisse der Abstimmung vom 10. März 1996

Marina Delgrande, Wolf Linder

Zwei der fünf Vorlagen vom 10. März 1996 stellten einen Test der Unterstützung von Minderheiten dar. Dabei ging es um den neuen Sprachenartikel in der Bundesverfassung und den Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat zum Jura. Beide wurden von Volk und Ständen deutlich angenommen. Mit den drei Sparmassnahmen des dritten Sanierungspakets für die Bundesfinanzen hoffte der Bund, Einsparungen im Betrag von 30.5 Millionen Franken erzielen zu können. Nachdem die Zentralisierung der Beschaffung der persönlichen militärischen Ausrüstung abgelehnt worden ist, muss er sich jedoch mit weniger begnügen. Die Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhofparkplätze ist dagegen knapp angenommen worden, während der Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein sehr deutlich zugestimmt wurde. Die vorliegende VOX-Analyse zeigt, dass zwei Drittel der Personen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sich gegenüber den drei Sanierungsmassnahmen differenziert verhielten. Im weiteren haben sich die Stimmenden relativ spät entschieden, trafen doch etwa 60 Prozent von ihnen ihre Wahl erst in den beiden letzten Wochen vor dem Urnengang, während sich im Schnitt nur 40 Prozent in diesem Zeitraum entscheiden. Die Analyse der von den Befragten spontan geäusserten Beweggründe der Stimmabgabe zeigt, dass sich die Ja-Stimmenden weitgehend auf die Argumente der Bundesbehörden abstützten.

### Persönliche Ausrüstung der Armeeeingehörenden

Zum Bundesbeschluss über die Beseitigung der Zuständigkeit der Kantone bei der Beschaffung der persönlichen Ausrüstung der Armeeeingehörenden haben nur 43.9 Prozent der Stimmenden und 4 Kantone Ja gesagt. Die Analyse der politischen Charakteristiken bei den Stimmenden brachte die entscheidende Rolle des Vertrauens gegenüber der Landesregierung zum Ausdruck: 57 Prozent der Vertrauenden stimmten zu, gegenüber 35 Prozent der Misstrauenden. Bei der Nähe zu einer Partei ist festzustellen, dass 66 Prozent der mit der SVP Sympathisierenden eindeutig der Parole ihrer Partei gefolgt sind und Nein gestimmt haben. Bei den anderen Bundesratsparteien, die zum Beschluss die Ja-Parole ausgegeben hatten, war die Gefolgschaft geringer: 53 Prozent Ja bei den Sympathisantinnen und Sympathisanten der SPS, 54 Prozent bei denjenigen der FDP, und 50 Prozent bei denjenigen der CVP. Bei den sozialen Charakteristiken der Stimmenden und der Identifizierung mit gewissen Wertvorstellungen ergibt sich, dass die Befürwortenden vor allem bei den Personen im Alter von 18 bis 40 oder über 70 Jahren, den Deutschschweizern und -schweizerinnen sowie denjenigen zu finden sind, die dem Bund mehr Macht geben wollen. Die zwischen 40- und 70jährigen, die Romandes und Romands und diejenigen, welche für eine Schweiz sind, in der die Kantone mehr Macht besitzen, lehnten dagegen ab. Die durch die Gegner spontan angegebenen Beweggründe ihrer Stimm-

abgabe liefern die Bestätigung der Kommentare, die unmittelbar nach der Abstimmung zu hören waren, nämlich dass der Wille, Arbeitsplätze zu erhalten, der Hauptgrund für die Ablehnung war. Beweggründe föderalistischer Natur bleiben dagegen im Hintergrund, wie auch diejenigen bezüglich der Geringfügigkeit der Einsparungen. Von den Befürwortenden wurde in erster Linie die Notwendigkeit der Einsparungen geltend gemacht; föderalistische Motive waren ebenfalls weniger bedeutend. Die Befürwortenden sind indessen mit den Contra-Argumenten einverstanden, wonach die Zentralisierung den Verlust von Arbeitsplätzen bewirkt und die Beschaffung der persönlichen Ausrüstung eine Domäne der Kantone bleiben muss. Bei der Gegnerschaft finden wir Zustimmung zum hauptsächlichlichen Pro-Argument, wonach die Sparmassnahmen einen ersten Schritt auf dem Weg zur Beseitigung des Defizits bei den Bundesfinanzen darstellen. Die Spaltung von Befürwortern und Gegnern ist also nicht durch die Zustimmung zu diesen Argumenten oder deren Ablehnung bedingt, sondern durch Divergenzen Unterschiede in der zugemessenen Bedeutung.

### **Branntwein und Brennapparate**

Der Bundesbeschluss über die Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein durch den Bund wurde von allen Kantonen und 80.8 Prozent der Stimmenden angenommen. Die Massnahme war auf keinen namhaften Widerstand gestossen. Mit der VOX-Analyse konnte keine gesellschaftliche oder politische Gruppe eruiert werden, die den Beschluss abgelehnt hat. Bei den Pro- und Contra-Argumenten der Abstimmungskampagne waren die Stimmenden beider Lager offensichtlich der Meinung, es bestehe kein Zusammenhang zwischen Bekämpfung des Alkoholismus und Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein. Den spontan durch die Befürwortenden geäusserten Beweggründen ist zu entnehmen, dass es vor allem um die Beseitigung des Finanzdefizits des Bunds ging. Von der Gegnerschaft waren nur wenige Beweggründe zu hören, die zumeist nur geringe Aussagekraft besaßen.

### **Parkplätze bei Bahnhöfen**

Der Bundesbeschluss über die Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhofparkplatzanlagen wurde von den Stimmenden knapp, mit 54 Prozent, und von 17 Kantonen angenommen. Die Analyse der politischen Charakteristiken ergibt, dass das Stimmverhalten auch hier vom Mass des Vertrauens in den Bundesrat beeinflusst war. 46 Prozent der Misstrauenden sagten Ja, gegenüber 67 Prozent der Personen mit Vertrauen. Bei der Parteizugehörigkeit sind unterschiedliche Annahmquoten festzustellen, aber einzig die mit der CVP Sympathisierenden sind der Stimmempfehlung ihrer Partei nicht gefolgt und haben zu 55 Prozent ein Nein eingelegt. Mehr als 60 Prozent der FDP-, SVP- und SPS-Sympathisanten dagegen hielten sich an die Parole ihrer Partei und stimmten dieser Massnahme zu. Zur Erläuterung der Ablehnung machten die Gegner namentlich Motive im Zusammenhang mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs geltend. Die Befürwortenden ihrerseits übernahmen die Argumente des Bundesrats, wonach die Subventionen unnötig geworden sind und bei der gegenwärtigen Lage nicht mehr von nationaler Priorität seien. Die Analyse der Pro- und Contra-Argumente ergibt deutlich, dass die dem Beschluss zustimmenden Personen nicht gegen den öffentlichen Verkehr gestimmt haben. Wie die Gegnerschaft, so waren auch sie dem Argument zugänglich, wonach der Bund weiterhin alle Anstrengungen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs zu unternehmen hat.

## Sprachenartikel

Der neue Sprachenartikel in der Bundesverfassung erhielt die Zustimmung von 76.1 Prozent der Stimmenden und allen Kantonen. Unsere Befragung zeigt, dass hinter dieser hohen Ja-Quote ein breiter Konsens steht, der durch alle politischen Lager und alle Gesellschaftsgruppen und -schichten geht. Das Hauptziel der Befürwortenden war die Erhaltung der kulturellen Vielfalt im allgemeinen und der rätoromanischen Sprache im besonderen. In den Augen der Gegnerschaft stellte dieser Artikel etwas Unnötiges, mit zu hohen Kosten Verbundenes dar. Die Analyse der Pro- und Contra-Argumente der Kampagne vor dem Urnengang ergibt, dass in keinem der beiden Lager in Frage gestellt wurde, ob die neuen Bestimmungen geeignet seien, das Rätoromanische und das Italienische zu fördern und zu erhalten. Aber nur auf der befürwortenden Seite war man der Ansicht, mit dem Artikel könne das gegenseitige Verständnis und der kulturelle Austausch zwischen den vier Sprachregionen verbessert werden. Im übrigen waren Befürworter und Gegner der Ansicht, die Verwirklichung der mit dem Sprachenartikel verfolgten Ziele seien eigentlich Aufgabe der Menschen selbst und nicht des Bundes.

## Kantonswechsel von Vellerat

91.7 Prozent der Stimmenden und alle Kantone haben dem Wechsel der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura zugestimmt. Der Übertritt ist auch von allen der Analyse unterzogenen gesellschaftlichen und politischen Gruppen gutgeheissen worden. Der vorrangige Beweggrund für das Ja war das Recht auf Selbstbestimmung, weit vor dem Willen, dieses Problem ein für allemal zu lösen. Bei einigen Nein-Begründungen wurde eine systematische Ablehnung von Gebietsänderungen oder die Kritik an inhaltslosen Abstimmungen geltend gemacht.

## Die Stimmbeteiligung

An den Abstimmungen vom 10. März 1996 beteiligten sich bloss 29.9 Prozent der Stimmbürger und -bürgerinnen, was deutlich unter dem verzeichneten Mittel für die 15 vergangenen Jahre (bei etwa 44 Prozent) liegt. Für eine noch schwächere Stimmbeteiligung müssen wir bis zum 2. März 1975 zurückgehen, als es um den Bundesbeschluss über die Konjunkturpolitik ging. Wie bei zahlreichen anderen Abstimmungen, nahm auch bei der vorliegenden Analyse die Beteiligung mit dem Alter der Antwortenden, mit ihrem Bildungsniveau und ihrem politischen Interesse zu. Wahrscheinlich hängt die schwache Beteiligung auch mit der geringen, den einzelnen Vorlagen beigemessenen Bedeutung zusammen. Sogar der Sprachenartikel, der eigentlich das treibende Element dieses Urnengangs hätte darstellen sollen, konnte sich keiner grösseren Bedeutung erfreuen als die Sanierungsmassnahmen. 42 Prozent der befragten Personen teilen die Meinung, wonach es unnötig gewesen sei, die ganze Schweizer Stimmbevölkerung für Vorlagen von derart geringer Bedeutung an die Urne zu rufen.